



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Plant Bayern eine Minus-
runde für Beamte?

Fachtagungen zum Thema
Lehrergesundheit

Für jeden Schüler einen
Laptop?

VLB-Referendar- und
Studentenveranstaltungen

Wer sucht eine französische
Partnerschule?

Parlamentarische
Abende ...



... mit den beiden
großen Landtagsfraktionen

HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 550 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (0931) 70 76 91
Telefax: (0931) 70 76 91
e-mail: p.thiel@reernet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (0931) 66 14 15
Telefax: (0931) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 550 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 07/03: 2003-06-02
für Heft 08-09/03: 2003-07-07
für Heft 10: 2003-09-08

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Nur ein Tropfen auf den heißen Stein

Bildungspolitik

- 4 Peter Thiel/Martin Ruf: Parlamentarische Abende des VLB
mit den beiden großen Landtagsfraktionen

Dienstrecht

- 9 Pressemitteilung des BIM zur Übernahme des Tarifergebnisses
für Beamte
9 Pressemitteilung des BBB: Plant Bayern Minusrunde für Beamte?
10 Wandzeitung des BBB zum Thema „Beihilfe“.

Aus dem Landtag

- 11 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

VLB-Initiativen

- 13 Schriftsätze von Landtag und Staatsregierung

Die Lehrerseite

- 15 Johannes Münch: Regionaltagung Lehrgesundheit in Schwaben
16 2. Fachtagung zur Lehrgesundheit in Unterfranken – Ankündigung

Unterricht

- 17 Johannes Münch: Für jeden Schüler einen Laptop – Sind wir vorbereitet?
18 Hans Uebler: Klares Bekenntnis zum Religionsunterricht an der Berufsschule
19 Armin Ulbrich: Berufliche Schulen auch an der Börse Spitze
20 Schulbuchverlage: Das neue Urheberrecht bleibt Stückwerk

Schulpartnerschaften

- 21 Französische Schulen aus dem Limousin suchen Partnerschulen

VLB-online

- 29 Margit Hofgärtner: Digitale Arbeitsblätter bearbeiten
23 Johannes Münch: Besucherzahlen VLB-online
23 Beachtenswertes zum Webimpressum

Aus dem Verbandsleben

- 24 Landesverband
24 Bezirks- und Kreisverbände
29 Referendare
33 Senioren
35 Personalien
36 Kommunale Schulen

Umschau

- 37 Termine
38 Für Sie persönlich

Titelfotos: P. Thiel / M. Ruf

Nur ein Tropfen auf den heißen Stein

PETER THIEL

Dass eine solide Berufsausbildung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die positive Gestaltung eines Lebensweges darstellt, ist keine neue Erkenntnis. Und dass ein qualifizierter Berufsnachwuchs unverzichtbar ist für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts, weiß auch jeder Mann. Was derzeit aber niemand genau weiß, ist, wie den mehr als 15000 jungen Menschen zu helfen ist, die allein in Bayern bei der Berufswahl heuer auf der Strecke bleiben werden.

„Wir schreiben uns die Finger wund und erhalten auf die Bewerbungen nichts als Absagen“, erklärten Schulabgänger bei einer Anfang Mai ausgestrahlten Sendung des Bayerischen Fernsehens, die sich mit der aktuellen Lehrstellensituation befasste.

In der Bundesrepublik Deutschland setzte man bei der Berufsausbildung – wenn auch nicht ausschließlich – vom Anfang an auf das duale System. Wirtschaft und Politik zeigten sich in den vergangenen Jahren stets stolz, wenn die duale Ausbildung vom Ausland gelobt oder wenn gar Interesse an deren Übernahme gezeigt wurde.

Angesichts normaler Konjunkturverläufe ging die Sache eigentlich auch immer gut, weil die Betriebe im eigenen Interesse Ausbildungsplätze anboten.

Seit einigen Jahren aber schwächt das System. Mal ging's bergan mit dem Lehrstellenangebot, dann wieder bergab, wobei der Überhang, der zu einer freien Berufsentscheidung eigentlich nötig wäre, kaum je gegeben war. Die jetzige Lage aber scheint mehr zu sein als eine vorübergehende Krise. Angesichts der wirtschaftlichen Großwetterlage verweigern sich gut zwei Drittel der bundesdeutschen Betriebe der Ausbildung. „Knapp sechs Monate vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres zeichnet sich ein dramatischer Mangel an Lehrstellen ab“, schreibt der dpa-Kulturdienst. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit habe sich die Zahl der bis Ende März von den Betrieben gemelde-

ten Ausbildungsplätze im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um 58500 verringert. Nach einer Zwischenbilanz standen zu diesem Zeitpunkt 523400 unvermittelten Bewerbern nur 393100 offene Stellen gegenüber. Zu den diesjährigen Schulabsolventen seien noch diejenigen hinzuzurechnen, die im Vorjahr zu kurz gekommen waren.

Ein Teil der Schulabgänger, nämlich die mit mittlerer Reife, weichen auf weiterführende Schulen – in Bayern z.B. auf die FOS – aus, wenn sie bei ihrer Ausbildungsplatzsuche nichts Adäquates finden. Die FOS wird deshalb im Herbst hoffnungslos überlaufen sein.

Der andere Teil der Jugendlichen, die schulisch weniger Qualifizierten, bleibt auf der Strecke, landet bestenfalls im BVJ oder wird von den Institutionen hin und her geschoben. Das Landesarbeitsamt Bayern hat bereits angekündigt, berufsvorbereitende Maßnahmen nicht ausweiten zu wollen und erwartet, dass die beruflichen Schulen mit Vollzeitmaßnahmen einspringen. Das Kultusministerium wiederum sieht „angesichts der knappen Mittel und des Lehrermangels keine Möglichkeit, zusätzlich BVJ-Klassen und weitere Klassen an Berufsfachschulen einzurichten“.

Was also tun? Zunächst wird appelliert. Appelliert an die Adresse der Betriebe, wie Bundesbildungsministerin Bulmahn dies tat. „Es kann nicht sein“, sagte sie, „dass nur ein Drittel der Betriebe ausbildet“ und verwies auf gemeinsame Maßnahmen ihres Hauses mit dem Wirtschaftsministerium, so u.a. auf die Bereitstellung von Krediten für die Ausbildung und auf die Lockerung der Ausbildungsverordnung. Letzterem zu Folge sollen Bestimmungen, nach denen nur Meister oder Gesellen mit besonderer Prüfung ausbilden dürfen, für fünf Jahre außer Kraft gesetzt werden, ein Unterfangen, bei dem einem nicht wohl zu Mute sein kann. Quo vadis deutsche Berufsausbildung?

Diskutiert wird nach wie vor die Ausbildungsplatzabgabe. In Bayern startete Wirtschaft und Staatsregierung fer-

ner eine gemeinsame Initiative. Ministerpräsident Stoiber sprach von einem neuen Ansatz zur Bewältigung der Herausforderung auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Die Staatsregierung will dabei Ausbildungsbetriebe unterstützen, indem sie denjenigen Betrieben, die Absolventen der Hauptschul-Praxisklassen aufnehmen, 2500 Euro pro Stelle bezahlt. MdL Friedrich Odenbach und die Landtags-SPD wiederum schlagen vor, die Volksschulordnung dahingehend zu ändern, dass die 9. Hauptschulklasse freiwillig wiederholt werden kann. Damit will man erreichen, dass die Jugendlichen anschließend auf den M-Zug aufspringen können oder bessere Chancen auf dem Lehrstellenmarkt haben.

Das Landesarbeitsamt andererseits weist auf noch offene Stellen hin, auf solche nämlich, die aus Gründen mangelnder Attraktivität niemand haben will.

Viele Appelle, viele Vorschläge und Bemühungen also. Sollten aber all dies nicht fruchten, dann muss man den Mut haben, die auf der Strecke gebliebenen jungen Leute in einjährigen Berufsfachschulen aufzufangen, ihnen dieses Jahr allerdings auch auf ihre Berufsausbildung anrechnen. In der Berufsschule freiwerdende Personalkapazitäten könnten dabei genutzt werden. Die Wirtschaft muss sich keine Sorgen machen: die Ausbildung wäre damit nicht verstaatlicht, das duale System nicht in Frage gestellt, es bestünde lediglich ein anderer zeitlicher Verteilungsmodus. Die Betriebe aber wären ein Drittel ihrer „Ausbildungssorgen“ los.

In der eingangs zitierten TV-Sendung wurde dies leider mit keiner Silbe erwähnt, was dazu beitrug, dass sie über eine larmoyante Zustandsbeschreibung nicht hinausgelangte. Der Zuschauer konnte dies nur bedauern, der berufliche Bildungsweg und seine Schulen hätten mehr Akzeptanz verdient gehabt, vor allem von einer Institution wie dem Bayerischen Fernsehen.

Die Staatsregierung aber reagiert im Hinblick auf den Herbst noch sehr verhalten, nämlich mit der Neuschaffung von gerade mal fünf einjährigen Berufsfachschulen. Dies ist angesichts der problematischen Lage freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. <

Parlamentarische Abende des VLB mit den beiden großen Landtagsfraktionen:

Getragen von Optimismus und konstruktivem Denken

PETER THIEL / MARTIN RUF

Der sprichwörtliche stete Tropfen, der den Stein höhlt, liefert wohl das Motiv, wenn der VLB in schöner Regelmäßigkeit seit Jahren parlamentarische Abende durchführt. Lobbyismus braucht eben einen langen Atem und viele der Erfolge, die der Verband verbuchen konnte in all den Jahren, sind einer gewissen Hartnäckigkeit und Kontinuität zu verdanken. Das Thema Bildung hat derzeit freilich Vorfahrt im Freistaat, und das Spezialgebiet „berufliche Schulen“ erfreut sich bei den Damen und Herrn aus dem Maximilianeum offensichtlich gebührender Akzeptanz. Zu dieser Annahme muss man gelangen, wenn man auf die beiden jüngsten parlamentarischen Abende des VLB zurückblickt, die im Mai über die Bühne gingen. Mit einer gewissen Genugtuung beispielsweise kann man konstatieren, dass beim Treffen mit der sozialdemokratischen Opposition die vorbereiteten Plätze nicht ausreichen, weil sich etliche der Parlamentarier über die offizielle Meldung hinaus spontan entschlossen, „bei den Berufsschullehrern mal reinzuhören, um am Ball zu bleiben“, und dass nicht nur Fraktionschef Franz Maget anwesend

war, sondern auch Landesvorsitzender Wolfgang Hoderlein.

Sensible Gesprächspartner

Sowohl die Vertreter der Regierungsfraktion als auch die Damen und Herrn von der Opposition erwiesen sich als sensible Partner bei der Aussprache über die z. T. besorgniserregenden Entwicklungen in der beruflichen Bildung. Und wenn MdL Siegfried Schneider (CSU) forderte, dass das Image der Politiker ebenso wenig herunter geredet werden dürfe wie das der Lehrer, dann kann man ihm zwar zustimmen, muss sich den Schuh aber nicht anziehen. Der VLB jedenfalls pflegt einen konstruktiven Umgang mit seinen „Maximilianeern“, was die beiden Abende einmal mehr bewiesen.

Die Tischvorlage

Wie gewohnt präsentierte der VLB jeweils eine Tischvorlage mit folgenden Themen:

- Ausbildungsplatzsituation 2003,
- Lehrerversorgung/Lehrernachwuchs/ Lehrerbildung,
- Schaffung von Kompetenzzentren,
- Dienstrechtliches.

Bei der CSU-Runde wurde die Agenda noch um die vorgesehene

„Strukturänderung der FOS“ erweitert. Die VLB-Positionen interpretierte Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, unterstützt durch seine Stellvertreter und Funktionsträger aus dem Hauptvorstand.

Mit einjährigen Berufsfachschulen aus der Klemme

Im Hinblick auf die kritische Situation am Ausbildungsstellenmarkt appellierte der VLB an die Betriebe, Verwaltungen und Politik, besondere Anstrengungen zu unternehmen, damit alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Leute unterkommen, erklärte Sauerwein. Aufgrund der angespannten Wirtschaftslage sei im Herbst mit einem weiteren Rückgang an Lehrstellen um 10 bis 15% zu rechnen, was bedeute, dass bayernweit rund 15000 junge Leute das Nachsehen haben. Über die bislang publizierten Maßnahmen hinaus, tritt der VLB für ein verstärktes Angebot an einjährigen Berufsfachschulen ein. Diese vermitteln eine Grundqualifikation, welche freilich auf die anschließende betriebliche Ausbildung angerechnet werden muss. Die jungen Leute ins BVJ oder in die Jungarbeiterklassen abzuschieben sei jedenfalls keine Lösung. „Wir stehen zum dualen System, aber wenn der Partner beim Lehrstellenangebot schwächelt, muss man über alternative Lösungen nachdenken“, sagte Sauerwein. Die durch zurückgehende Lehrlingszahlen freien Lehrerkapazitäten könnten für die Berufsfachschulen ge-



„Das Image der Politiker nicht runterreden.“ MdL Siegfried Schneider, rechts VLB-Vize Armin Ulbrich.



„Samiel hilf, du kennst unsere Finanzen.“ MdL Prof. Dr. Walter Eykmann.



„Das elternunabhängige Bafög für die BOS-Schüler nicht aufs Spiel setzen.“ Hansjörg Bosch (VLB); rechts Alex Liebel (VLB).

nutzt werden. Entscheidend ist – wie gesagt – der Aspekt der Anrechnung. Die Wirtschaft habe keinen Grund zur Befürchtung, dass damit die Ausbildung verstaatlicht werde. Für eine entsprechende Entscheidung allerdings bleibt im Hinblick auf den Schuljahresbeginn nur noch wenig Zeit, stellen die VLB-Vertreter fest.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht aus dem Auge verlieren

In der Regierungsfraktion neigt man dazu, zunächst die Betriebe in die Pflicht zu nehmen und die Situation weiterhin genau zu beobachten. Man müsse sich vor überzogenen Erwartungen an den Staat hüten und dürfe die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht aus dem Auge verlieren, hieß es. Der Staat hänge nun mal von der Wirtschaft ab.

Die Vorstellungen der Sozialdemokraten decken sich weitestgehend mit denen des VLB, soweit es die Konsequenzen aus der Lehrstellensituation betrifft. Fraktionsvorsitzender Franz Maget und die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Jugend, Bildung und Sport, Marianne Schieder, sagten zu, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein erhöhtes Angebot an einjährigen Berufsfachschulen einzusetzen.

Schlechte Aussichten für die Schul-Sozialarbeit

Im Zusammenhang mit dem Thema „Jungarbeiter“ wurde beim Gespräch mit den Sozialdemokraten u.a. über

die Schulsozialarbeit nachgedacht. Diese werde sich nach Lage der Dinge im Herbst vermutlich ebenfalls dramatisch verschlechtern, hieß es. „Sollte es tatsächlich zu weniger Berufsschulklassen kommen, dann eröffnet sich die Möglichkeit, mit den freiwerdenden Kapazitäten die Sozialarbeit zu verstärken“, meinte MdL Karin Pranghofer.

Starker Lehrerbedarf

Insbesondere an der FOS, aber auch an der BOS, nehmen die Schüler weiterhin zu. „Dies ist uns Freude und Horror zugleich“, erklärte Sauerwein und verwies auf FOS-Klassen mit bis zu 34 Schülern. Deshalb müssen 180 bis 200 Planstellen mehr geschaffen werden. Gleichzeitig fordere der VLB

- Maßnahmen zur Verbesserung des Lehrerimages in der Öffentlichkeit,

- die Rücknahme der aktuellen dienst- und beamtenrechtlichen Verschlechterungen,
- die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen,
- eine verbesserte Abstimmung der Prüfungstermine an den Universitäten mit dem Schuljahresbeginn,
- eine intensive Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen,
- die besondere Förderung der Seiteneinsteiger in pädagogischer, methodischer und didaktischer Hinsicht sowie
- eine stärkere Verzahnung von universitärer Ausbildung und Referendariat unter Einbeziehung der Lehrerfortbildung.

Gleichzeitig dürfen nach Vorstellung des VLB die universitäre Lehrerbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen und die Diplomstudien



„Vorsicht mit dem Begriff Billigabitur.“ German Denneborg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der CSU-Landtagsfraktion.



Tête-à-tête nach Toresschluss: MdL Blasius Thätter (links) und VLB-Vize Hans Käfler.



„In Sachen Schulaufsicht muss sich was ändern.“ MdL Heinz Donhauser, links Ingrid Heckner (VLB).



„Der Ansatz des Landtagsbeschlusses war revolutionär, an den Durchführungen hapert's.“ MdL Heinrich Rudrof, links Barbara Dilberowic (VLB).



„Wir stehen zur dualen Ausbildung, aber wenn der Partner schwächelt, muss man neu nachdenken.“ VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, links MdL Dr. Ingrid Fickler, die stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion.

engänge nicht angetastet werden, was nach Aussage von MdL Siegfried Schneider (CSU) derzeit auch nicht zur Diskussion steht.

Der VLB möchte im Übrigen alles getan wissen, die Nachfrage nach dem Lehramt an beruflichen Schulen an allen Studienorten zu erhöhen.

Die beruflichen Schulen gelten als besonders innovativ

Die Versorgung insbesondere der beruflichen Oberstufe mit Lehrpersonal liege der Regierungsfraktion stark am Herzen, betonte MdL Siegfried Schneider. Man habe für diesen Bereich eigens eine Reserve bereitgehalten. Auch der Werbung für das berufliche Lehramt räume man in der Fraktion einen hohen Stellenwert ein. Im Übrigen gelten die beruflichen Schulen als besonders innovativ. „Vieles an Schulentwicklung, worüber andere noch nachdenken, ist bei Ihnen schon umgesetzt“, sagte der Abgeordnete.

„Die sechsklassige Realschule bindet viele Stellen“

Auch die Oppositionsfraktion sagte zu, sich für eine entsprechende Lehrerversorgung der Oberstufe einzusetzen. MdL Marianne Schieder wies darauf hin, dass die sechsklassige Realschule sehr viele Stellen binde, „die andernorts fehlen“. Von den Sozialdemokraten ins Gespräch gebracht wurde auch die Lehrersituation im Bereich der IT- und Medienberufe. Insbesondere bei den letztgenannten sei

die Situation schwierig, weil es bundesweit nur zwei Studienorte gebe, nämlich Darmstadt und Osnabrück, hieß es seitens des VLB. „Die meisten Kolleginnen und Kollegen der Branche haben sich autodidaktisch fit gemacht und brauchen keinen Vergleich zu scheuen“, sagte Landesvorsitzender Sauerwein und sein Stellvertreter Armin Ulbrich gab zu bedenken, dass sich auf Grund der Schnelllebigkeit der Branche der schulische Ausbildungspart eher am Grundsätzlichen denn am Speziellen orientieren müsse.

Von den Medienberufen zur Landwirtschaft: dort gebe es nach Feststellung von MdL Dr. Helmut Simon (SPD) nach längerer Durststrecke einen erfreulichen Zulauf, so dass sich die Frage nach dem Lehrernachwuchs auch da bald stellen werde.

Das Thema „Ansbach“

Für den Bereich Fachlehrer fordert der VLB eine Ergänzung der Studienangebote am Staatsinstitut in Ansbach um die Ausbildungsrichtungen Hauswirtschaft und Gesundheit. Die Ausbildung der Fachlehrer muss sich den vom lernfeldorientierten Unterricht bestimmten Ausbildungsordnungen anpassen. Gleichzeitig wird ein zweites Jahr der Ausbildung am späteren Einsatzort gefordert, bei dem der Fachlehrer in spe zu einem Drittel der Zeit didaktisch-methodisch in die Unterrichtspraxis eingeführt wird und zu zwei Dritteln Unterricht erteilt. Insbesondere die Sozialdemokraten wid-

meten dem Thema „Ansbach“ große Aufmerksamkeit und Dorothea Helbig, VLB-Referentin für Fachlehrerfragen, hatte Gelegenheit, die aktuellen Entwicklungen, aber auch die bestehenden Probleme darzustellen.

Dauerbrenner Kompetenzzentren

Nicht fehlen auf der Agenda durfte natürlich der „Dauerbrenner Kompetenzzentren“, ein Thema, das vermutlich auch bei kommenden parlamentarischen Abenden noch eine Rolle spielen wird. Sauerwein riet, „mit Augenmaß an die Umgestaltung der Schullandschaft heranzugehen“. Veränderungen seien nicht zu vermeiden; immerhin entstamme die gegenwärtige Schulstruktur im Freistaat noch den 80-er Jahren, während es landauf landab rund 70000 Schülerinnen und Schüler weniger gebe. Die Zielsetzung des Landtagsbeschlusses von 2001 sei bisher in keiner Weise ins Auge gefasst, geschweige denn verwirklicht worden. Nach der Landtagswahl werde man diesbezüglich sicherlich zur Sache gehen, meinte der Landesvorsitzende. Jedenfalls könne es nicht angehen, dass an Schulen – wie beabsichtigt – beste Strukturen zerschlagen und andernorts mit hohem finanziellen Einsatz neu errichtet werden. Belastend für die Umsetzung sei schließlich auch die geteilte Schulaufsicht. MdL Marianne Schieder (SPD) gab zu verstehen, dass sie das ganze Thema für eine Sparmaßnahme halte, die in



„Danke für das gute Einverständnis.“ MdL Marianne Schieder (rechts), Hermann Sauerwein (VLB) und Klemens M. Brosig (VLB).



„Die 9. Hauptschulklasse freiwillig wiederholen lassen.“ Links MdL Friedrich Odenbach, daneben Armin Ulbrich (VLB).



„Auch informelle Informationen sind für uns wichtig.“ Klaus Zachert (rechts) im Gespräch mit Hermann Sauerwein und Armin Ulbrich (VLB).

einen bedenklich Schülertourismus auslöse.

Kritische Stimmen

Es gebe diesbezüglich aber bereits kritische Stimmen, so u.a. vom Regierungspräsidenten der Oberpfalz. Die Oppositionspolitikerin forderte die Staatsregierung zum Handeln auf. „Wir brauchen keine Sonntagsreden mehr, sondern endlich Taten“, sagte sie. Auch in der Regierungsfraktion sieht man den bisherigen Verlauf inzwischen kritisch, wenngleich man den Ansatz im Grundsatz für richtig halte, wie MdL Heinrich Rudrof feststellte. Für MdL Siegfried Schneider aber war es ein Fehler, „dass die Politik die Gestaltung von Lösungen nach unten delegiert hat“. Die MdL's Heinz Donhauser und Heinrich Rudrof warnten schließlich davor, grundsätzlich und überall konzentrieren zu wollen. „In Berufsberei-

chen mit hohem Sachaufwand und kurzfristigen Innovationszyklen ist dies sinnvoll“, meinte er, verwies aber auch auf Felder, in denen sich Veränderungen langsamer vollziehen.

Im Hinblick auf die vom VLB favorisierte vertikale Gliederung von Kompetenzzentren unter Einbeziehung der Weiterbildung stellte German Denneborg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der CSU-Fraktion fest: „Der größte Hemmschuh sind diesbezüglich die Kammern mit ihren eigenen Weiterbildungsinteressen“.

Schluss mit den gravierenden Einschnitten

Die VLB-Tischvorlage listete die aktuellen dienstrechtlichen Bereiche auf, in denen es Veränderungen gibt:

- Die Leistungsstufenverordnung (seit Beginn dieses Jahres außer Kraft),

- die Altersgrenze bei Antragsruhestand (mit Wirkung vom 1. Januar 03 auf das 64. Lebensjahr angehoben),
- die Altersteilzeit, für die seit diesem Jahr das Mindestalter von 60 gilt, und die Behördenleiter nicht mehr in Anspruch nehmen können,
- die Kürzung von Beihilfeleistungen für stationäre Krankenhausaufenthalten,
- die Öffnungsklausel für landesgesetzliche Regelungen mit der Möglichkeit regionaler Schlechterstellung.

Bei allem Verständnis für die schwierige finanzielle Lage fordert der VLB, Schluss zu machen mit den gravierenden Einschnitten im dienstrechtlichen Bereich. Einkommensverluste in der Höhe von bis zu 18% sind demotivierend für die Betroffenen und schrecken den so dringend benötigten Nachwuchs ab.



„Die Schulsozialarbeit muss intensiviert werden.“ Darüber waren sich MdL Christa Naaß und Barbara Dilberowic (VLB) einig.



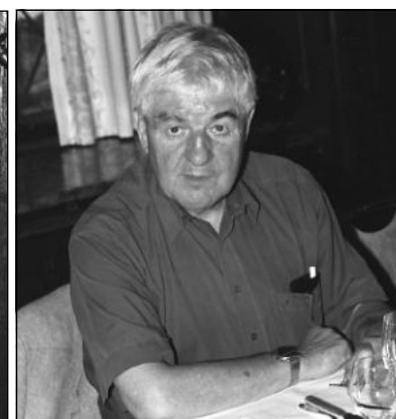
„Der Schulsport darf nicht in Rente gehen.“ Volker Wiermann (VLB) und MdL Christine Goertz.



„Wir passen auf, dass es nicht noch schlimmer wird.“ MdL Dietmar Franzke zum Thema „Dienstrecht“.



„Eine Ergänzung der Studienangebote in Ansbach um die Ausbildungsrichtungen Hauswirtschaft und Gesundheit ist nötig.“ VLB-Fachlehrerreferentin Dorothea Helbig (links) und MdL Karin Pranghofer.



„Erstaunlicher Schüleranstieg in der Landwirtschaft.“ MdL Dr. Helmut Simon.

Lebensplanung muss berechenbar sein

„Es stimmt leider alles, was in Ihrem Papier steht, den Beamten wird derzeit einiges abverlangt“, sagte Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU), der Vorsitzende des Landtagsausschusses für den öffentlichen Dienst und verwies auf die „miserable wirtschaftliche Lage, in der wir uns befinden“. Energisch wandte er sich gegen die geplanten Änderungen zum Beihilferecht. „Lebensplanung muss berechenbar sein. Wenn die Politik gegen die Verlässlichkeit beschließt, macht sie schwerwiegende Fehler“, sagte er. Dass bei Inanspruchnahme der Altersteilzeit die Alterermäßigung entfällt, ist ein Sachverhalt, gegen den sich VLB-Vorsitzender Sauerwein wandte. „Die beiden Angelegenheiten haben nichts miteinander zu tun“, sagte er und schloss den Weg der Klage gegen den Freistaat nicht aus. In beiden Gesprächsrunden, sowohl mit der SPD als auch mit der CSU, begrüßten die Parlamentarier, dass die Öffnungsklausel auch „die Chance nach oben“ biete, wenngleich niemand an eine solche Praxis so recht zu glauben vermag.

Einfluss über den Bundesrat

In beiden Runden appellierten die Verbandsvertreter mit Nachdruck an die Parlamentarier, den VLB zu unterstützen, wenn er sich dafür einsetzt, dass die in der Berufsschule erbrachten Leistungen der Schülerinnen und Schüler ins Berufsabschlußzeugnis einfließen. Über den Bundesrat sollte der Freistaat bei der Neuordnung des Berufsbildungsgesetzes entsprechend Einfluss nehmen und die Bundesregierung könne entsprechend reagieren, sagte Sauerwein, so dass die von den Kammern aufgebauten Hindernisse überwunden werden. MdL Heinz Donhauser verwies darauf, dass der bayerische Arbeitgeberverband Elektrotechnik bereits auf die VLB-Vorstellungen eingeschwenkt sei.

Strukturänderung der FOS

Das zweite Anliegen betraf die CSU-Position zur Strukturänderung der FOS. In ihrem Papier „Zukunft der Schule – Schule der Zukunft“ schlägt

die Partei unter der Überschrift „Mehr Durchlässigkeit und neue Wege zur Hochschulreife“ vor, „dass Schülerinnen und Schüler mit einem mittleren Bildungsabschluss die verbesserte Möglichkeit zur Erlangung der Hochschulreife erhalten“. U. a. soll damit überdurchschnittlich qualifizierten FOS-Absolventen der Übertritt in die 13. Jahrgangsstufe ermöglicht werden. Der VLB sieht darin eine Verwässerung der Eigenständigkeit der bewährten BOS sowie die Gefährdung ihrer Förderfähigkeit nach Bafög. Ob der Weg sinnvoll ist – immer wieder hört man in dem Zusammenhang den lästerlichen Begriff „Billigabitur“ – müsse intensiv geprüft werden, meinte Sauerwein. In Zeiten knapper Finanzen und extrem hoher Schülerzahlen an der FOS habe man andere Sorgen. Nach Auffassung des VLB sollte die bewährte BOS vielmehr stabilisiert werden.

Jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit

Auf die lange Tradition parlamentarischer Abende und auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit ihrer Fraktion mit dem VLB hatte zu Beginn des CSU-Abends MdL Dr. Ingrid Fickler als stellvertretende Fraktionschefin hingewiesen. Man kenne sich seit langem und müsse sich deshalb auch gegenseitig nicht eigens vorstellen, meinte sie. MdL Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Spitzenkandidat seiner Partei bei der kommenden Landtagswahl, war gekommen, „um aktuelle Informationen zum Stand des beruflichen Schulwesens zu erhalten“. Die beruflichen Schulen stehen noch immer zu stark im Schatten der Gymnasien, meinte er. Diese Unterbewertung sei umso bedauerlicher, als die ökonomische Weiterentwicklung einer Gesellschaft in starkem Maße von der beruflichen Bildung abhängt. Das immer wieder feststellbare negative Lehrerbild sei insbesondere bei den Berufspädagogen unberechtigt und gehe völlig an der Wirklichkeit vorbei, sagte er, als er sich eingangs „im Namen der Fraktion für die Einladung zu diesem Abend bedankte“.

Wie gesagt, die Teilnehmer beider Runden erwiesen sich als außerordentlich einfühlsame Gesprächspartner mit z. T. erfreulichen Detailkenntnissen. Der VLB weiß sich mit seinen Anliegen – die ja eigentlich solche der Gesellschaft sind – bei den Parlamentariern des Freistaats in guten Händen. Trotz finanz- und wirtschaftspolitisch brenzlicher Lage, trotz des Bewusstseins, dass die Trauben derzeit so hoch hängen wie kaum je zuvor, waren die beiden Gesprächsrunden bestimmt von Optimismus und konstruktivem Denken. Spätestens nach der Landtagswahl wird sich zeigen, inwieweit der dabei gesäte Edelweizen aufgeht. <

Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion am 7. Mai 2003

Teilnehmer der Fraktion: Maget, Franz; Egleder, Udo Georg; Franzke, Dietmar; Goertz, Christine; Hoderlein, Wolfgang; Naaß, Christa; Odenbach, Friedrich; Peters, Gudrun; Pranghofer, Karin; Schieder, Marianne; Schmidt-Bussinger, Helga; Simon, Hildegard; Dr. Simon, Helmut; Zachert, Klaus; Fürst, Ulrike (wissenschaftl. Mitarbeiterin).

Teilnehmer des VLB: Sauerwein, Hermann; Brosig, Klemens M.; Dilberowic, Barbara; Käfler, Hans; Helbig, Dorothea; Ruf, Martin; Ulbrich, Armin; Wiermann, Volker.

Parlamentarischer Abend mit der CSU-Landtagsfraktion am 21. Mai 2003

Teilnehmer der Fraktion: Fickler, Dr. Ingrid; Donhauser, Heinz; Eykmann, Prof. Dr. Walter; Rudrof, Heinrich; Sackmann, Markus; Schneider, Siegfried; Stahl, Georg; Thätter, Blasius; Denneborg, German (wissenschaftl. Mitarbeiter).

Teilnehmer des VLB: Sauerwein, Hermann; Bosch, Hansjörg; Brosig, Klemens M.; Dilberowic, Barbara; Heckner, Ingrid; Helbig, Dorothea Käfler, Hans; Liebel, Alexander; Thiel, Peter; Ulbrich, Armin; Wiermann, Volker.

Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums, 21. Mai 2003:

Kabinett beschließt Übernahme des Tarifergebnisses für Beamte

Das Bundeskabinett hat am 21. Mai 2003 in Berlin den von Bundesinnenminister Otto Schily vorgelegten Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2003/2004 beschlossen.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister Schily: „Der Gesetzentwurf sieht eine inhalts- und wirkungsgleiche Übernahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst vom 9. Januar 2003 auf die Beamtinnen und Beamten vor. Wie im Tarifbereich werden die Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten, Richter und Soldaten in drei Schritten linear um insgesamt 4,4 % angehoben. Die Erhöhungszeitpunkte werden gegenüber dem Tarifergebnis um jeweils drei Monate verschoben. Hierdurch werden die im Tarifbereich vereinbarten Entlastungsmaßnahmen nachvollzogen. Mit dem Gesetzentwurf zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge für die Jahre 2003 und 2004 ist sichergestellt, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen auch die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen.“

Im Einzelnen werden die Dienstbezüge zunächst um 2,4 Prozent für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 zum 1. April 2003 und für die übrigen Besoldungsgruppen mit Ausnahme B 11 zum 1. Juli 2003 angehoben sowie im Jahr 2004 in zwei weiteren Stufen zum 1. April 2004 und 1. August 2004 nochmals um jeweils ein Prozent erhöht.

Diese prozentualen Erhöhungen sind auch Grundlage der allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge. Sie erfolgen unter Berücksichtigung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001. Durch den dort geregelten geringeren Anstieg der Versorgungsbezüge betragen die Erhöhungen rund 1,86 Prozent im Jahr 2003 und jeweils rund 0,46 Prozent im Jahr 2004. Die

Hälfte der dadurch erzielten Einsparungen wird den Versorgungsrücklagen in Bund und Ländern zugeführt.

Wie im Tarifbereich werden zusätzlich Einmalzahlungen geleistet im Jahr 2003 in Höhe von 7,5 Prozent der Bezüge des Monats März 2003 (maximal 185 Euro) und im Jahr 2004 in Höhe von 50 Euro. Für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für die parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Bundes erfolgt für die Jahre 2003 und 2004 keine Anhebung.

Für die Beamtinnen und Beamten in den neuen Ländern wird das Tarifergebnis inhaltsgleich umgesetzt, indem der Bemessungssatz Ost zum 1. Januar 2003 auf 91 % und zum 1. Januar 2004 auf 92,5 % erhöht wird. Die weitere Angleichung des Bemessungssatzes Ost wird bis spätestens 2007 für die Besoldungsgruppen bis A 9 und bis 2009 für die übrigen Besol-

dungsgruppen festgeschrieben. Dies entspricht den Vereinbarungen und Zielsetzungen des Tarifabschlusses.

Neben der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2003/2004 hat die Bundesregierung auch ihre Stellungnahme zu der vom Bundesrat vorgeschlagenen Öffnung der bisher bundeseinheitlichen Bezahlungsregelungen bei der jährlichen Sonderzuwendung und beim Urlaubsgeld beschlossen. Danach entspricht die Bundesregierung der Bitte der Länder nach einer Öffnungsklausel für diesen beschränkten Bereich. Der gleiche Gestaltungsspielraum muss auch dem Bund zustehen. Das in seinen Grundstrukturen einheitliche Besoldungssystem gewährleistet damit künftig eine Flexibilität, die den unterschiedlichen finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Die Initiative ist auch ein wichtiger Schritt für die von der Bundesregierung angestrebten neuen Verantwortungsteilung zwischen Bund und Ländern.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates zur Öffnung von jährlicher Sonderzuwendung und Urlaubsgeld wird nunmehr gemeinsam mit der Stellungnahme dem Bundestag zugeleitet. <

Pressemitteilung des Bayerischen Beamtenbundes, 23. Mai 2003 –
enttäuschendes Spitzengespräch mit Finanzminister Falthäuser:

Plant Bayern Minusrunde für Beamte?

Diese Frage drängte sich dem Vorstand des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) nach einem Spitzengespräch mit Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser am 22. Mai im Finanzministerium auf. Das Gespräch, das ursprünglich zur Klärung des weiteren Vorgehens Bayerns im Hinblick auf die Beamtenbesoldung geplant war, endete ohne konkrete Aussagen. Offensichtlich wurde aber, dass die Beamten die bevorstehende Besoldungserhöhung durch anderweitige

Einsparungen selbst finanzieren sollen. „Das läuft im Ergebnis auf eine Null-, wenn nicht gar Minusrunde hinaus“, so BBB-Chef Rolf Habermann.

Der Finanzminister war nicht bereit, konkrete Pläne mitzuteilen, ließ aber keinen Zweifel daran, dass er auf Bundesebene alle Vorhaben unterstützen werde, die die Zugriffsmöglichkeiten der Länder bei der Beamtenbesoldung erweitern. Davon wolle Bayern auch Gebrauch machen.

„Das vom BBB beantragte Spitzengespräch ist eine einzige Enttäuschung“, stellte Rolf Habermann in der anschließenden Vorstandsberatung fest. Es entspreche nicht dem Sinngehalt der vom Gesetz vorgeschriebenen Beteiligung, die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit vagen Erklärungen abzuspeisen. Diese Erfahrung rechtfertige nachträglich die vom BBB bereits eingebrachte Klage beim Verwaltungsgericht München.

Er ließ ausdrücklich offen, in welchem Umfang das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst auf die Beamten übertragen wird. Zwar liegt bereits ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der die inhaltsgleiche Übernahme mit einer dreimonatigen Verzögerung vorsieht und der grundsätzlich auch unmittelbar für die bayerischen Beamten gilt. Allerdings sind Initiativen im Gespräch, wonach den Ländern ein so genanntes Zeitfenster eingeräumt

werden soll, also die Möglichkeit einer weitergehenden Verzögerung vorzusehen. Auch könnte die Einmalzahlung zur Disposition gestellt werden.

Gleichzeitig durchläuft derzeit ein weiterer Entwurf des Gesetzgebungsverfahrens, der den Ländern Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld ermöglichen wird. Auch hier deutete der Minister an, dass Bayern noch in diesem Jahr davon Gebrauch machen werde. <



Bayerischer Beamtenbund e.V.
im Deutschen Beamtenbund
Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

Postfach 31 03 48, 80103 München
Tel. 089-55 25 88-0, Fax 089-55 25 88-60

14. Mai 2003

• letzte Meldung • letzte Meldung • letzte Meldung • letzte Meldung •

Der massive BBB-Widerstand hat sich gelohnt:

Beihilfeverschlechterungen im Haushaltsgesetz werden weitgehend rückgängig gemacht

Im Haushaltsgesetz 2003/2004 war vorgesehen ab dem 1. Juli 2003:

- für Beamte den Selbstbehalt für die Inanspruchnahme gesonderter Unterbringung (Zwei-Bett-Zimmer) von bisher 14,50 Euro auf 25,00 Euro zu erhöhen,
- ebenfalls für Beamte einen Selbstbehalt für die Inanspruchnahme wahlärztlicher Leistungen (Chefarztbehandlung) in Höhe von 35,00 Euro neu einzuführen,
- die Beihilfe für Arbeitnehmer komplett zu streichen.

Der Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes („Eykmann-Ausschuss“) geht über die Vorschläge der Staatsregierung hinaus. Er hat gestern – der massiven Kritik des BBB folgend – beschlossen:

- der Selbstbehalt beim Zwei-Bett-Zimmer wird nicht erhöht und auf höchstens 30 Tage pro Kalenderjahr beschränkt,
- der Selbstbehalt für eine Chefarztbehandlung wird um Euro 10,00 auf jetzt 25,00 Euro gesenkt,
- die Beihilfe für Arbeitnehmer bleibt unverändert (auf dem Stand vom 31. 12. 2002).

Der BBB hatte die volle Rücknahme der Verschlechterungen gefordert. Die jetzigen Beschlüsse sind jedoch zweifellos ein echter Durchbruch. Mit ihnen wird ein bereits beschlossenes Gesetz, das zum 1. Juli 2003 wirksam werden sollte, in weiten Teilen korrigiert.

Erfolgsmeldung des Bayerischen Beamtenbundes in Form einer Wandzeitung.

Anfragen – Anträge – Beschlüsse



Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Pfaffmann (SPD), 08. Januar 2003

Unterrichtsausfall

Nach wie vor gibt es erheblichen Unterrichtsausfall an bayerischen Schulen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie hat sich der Unterrichtsausfall an bayerischen Schulen in den Jahren 2001 und 2002 entwickelt?
2. Welche Maßnahmen werden durchgeführt, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren?

Antwort (Auszug) des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 01. April 2003

Zu 1.: (berufliche Schulen)

a) Der planmäßige Unterrichtsausfall (Stundenplankürzung wegen Lehrer mangels oder aus organisatorischen Gründen) stellt sich für den staatlichen Bereich wie folgt dar:

... An den Fachoberschulen und Berufsoberschulen ist ein Rückgang um 1,5 Prozentpunkte zu verzeichnen: von 1200 (3,8 %) auf 756 (2,3 %) Stunden. An den Berufsschulen ist keine wesentliche Veränderung festzustellen: 2000/01 mussten hier 2713, also 2,3 % der anfallenden Pflicht-, und Wahlpflichtunterrichtsstunden und 2001/02 2756, also wiederum 2,3 % der Stunden gekürzt werden. An den sonstigen beruflichen Schulen verringerte sich der Unterrichtsausfall um 0,1 Prozentpunkte von 439 (1,3 %) auf 423 (1,2 %) Stunden ...

... b) Regelmäßige Erhebungen über außerplanmäßige Stundenausfälle (z. B. wegen Erkrankung oder Fortbildung von Lehrkräften) finden in Bayern nicht statt, weil dies mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand für die Schulen verbunden wäre.

... Zu 2.: (berufliche Schulen)

Zur Verringerung von Unterrichtsausfall bzw. zur Vermeidung eines weiteren Anstiegs von Unterrichtsausfall wurden zum Schul-

jahr 2000/01 zusätzlich 25 so genannte Zwei-Drittel-Verträge den beruflichen Schulen (ohne FOS/BOS) und Mittel für 100 zusätzliche vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte an Fachoberschulen und Berufsoberschulen zur Verfügung gestellt. Zum Schuljahr 2001/02 konnten für die beruflichen Schulen (ohne FOS/BOS) weitere 20 Zwei-Drittel-Verträge vergeben werden. An den Fach- und Berufsoberschulen wurde die zum Schuljahr 2000/01 verfügte Bewilligung zusätzlicher Mittel für 100 Lehrkräfte um ein weiteres Jahr verlängert und auf Grund der großen Nachfrage nach diesen Schulen um Mittel für weitere 100 vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte erhöht. Im Übrigen wurde das Unterrichtsdefizit durch Aushilfsverträge, unterhältig befristet beschäftigte Lehrkräfte und durch Mehrarbeit (im Umfang von 1272 Stunden in 2001/02) reduziert. Das Anrechnungsstundenkontingent wurde darüber hinaus in größerem Umfang nicht ausgenutzt.

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Naab, Franzke, Schieder Marianne, Egleder, Goertz, Pfaffmann, Pranghofer, Radermacher, Wörner (SPD), 10. April 2003

Weiterführung der voraussetzungslosen Teilzeit im Schulbereich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die ab dem Schuljahr 2003/2004 verfügte Einschränkung der Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung nach Art. 80a BayBG (sog. voraussetzungslose Teilzeit) zurückzunehmen.

Begründung:

1. Die Möglichkeit, Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr einzubeziehen, ist ein Weg, Frühpensionierungen zu vermeiden.
2. Lehrkräfte, die freiwillig aus der Grundschule in die besonders belastende Arbeit der Hauptschule wechseln, sollten

bei Bedarf (Antrag) die bisher bestehende höhere Entlastungsmöglichkeit nutzen können.

3. Die sonst geltenden Stichtagsregelungen für Altersteilzeit und Altersermäßigung sehen für Lehrkräfte, die in der 1. Schuljahreshälfte geboren sind, einen positiven Einbezug in die Regelungen vor.

Antrag des Abgeordneten Pfaffmann (SPD), 08. April 2003

Reform der Gastschulbeiträge

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung berichtet über die geplante Erhöhung der Gastschulbeiträge. Die neue Berechnung wird umfassend dargestellt und begründet.
2. Die Staatsregierung berichtet gleichzeitig über geplante Verbesserungen der Schulfinanzierung kommunaler Schulen, vor allem hinsichtlich der Lehrpersonalkosten.

Begründung: Die Staatsregierung plant eine Fortschreibung der Berechnung der Gastschulbeiträge. Dabei sind deutliche Erhöhungen, nahezu Verdoppelungen der Beiträge eingeplant. Dies würde die Gemeinden und Kreise vor erhebliche finanzielle Probleme stellen. Eine Erhöhung der Gastschulbeiträge scheint nur dann akzeptabel, wenn sie im finanzierbaren Rahmen bleibt und der Freistaat seinerseits die Schulfinanzierung für kommunale Schulen hinsichtlich der Lehrpersonalkosten deutlich verbessert.

Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eykmann, Heckel u.a. (CSU), 3. April 2002

Drs. 14/11325, 14/11778

Übergangsregelung zur Anhebung der Antragsaltersgrenze

Der Landtag wolle beschließen:

Auf Grund der Anhebung der Antragsaltersgrenze vom 63. auf das 64. Lebensjahr ist eine Übergangsregelung rückwirkend zum 1. Januar 2003 für diejenigen Beamten vorzusehen, die aufgrund einer bereits begonnenen arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung oder eines bereits begonnenen Arbeitszeitmodells (mit Freistellung vor dem Ruhestand) mit Vollendung des 63. Lebensjahres hätten in den Ruhestand treten können.

Antrag des Abgeordneten Prof. Dr. Waschler (CSU), 3. April 2003

Drs. 14/10353, 14/11938

Verstärkte Ausweisung von Zusatzangeboten in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung mit dem Ziel der Vermeidung vorzeitiger Dienstinunfähigkeit

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf die Bayerischen Landesuniversitäten und die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung einzuwirken, im Rahmen vorhandener Ressourcen verstärkt Angebote zur Supervision sowie zur Konflikt- und Stressbewältigung in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung mit dem Ziel der Vermeidung vorzeitiger Dienstinunfähigkeit auszuweisen. Diese Angebote sollen bereits bestehende Maßnahmen der Lehreraus- und Lehrerfortbildung in geeigneter Weise ergänzen und verstärken. Dem Landtag ist hier zu bis zum 01.06.2003 zu berichten.

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Franzke (SPD), 07. Januar 2003

Umrechnung von Schulstunden in Arbeitszeit bei Auszubildenden

Die Umrechnung von Schulstunden Auszubildender in Arbeitszeit wirft Probleme auf. In einem konkreten Fall leistet ein volljähriger Auszubildender nach Umrechnung der Schulstunden in Arbeitszeit 35 Arbeitsstunden in einer Woche Blockbeschulung. Ausgehend von einer 5-Tage-Woche mit 40 Stunden Arbeitszeit stellen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Können die fraglichen 5 Stunden Differenz von in Arbeitszeit umgerechneter Blockbeschulung und der 40-Stunden-Woche auch am Wochenende nachgeholt oder vom Urlaub bzw. von Überstunden abgezogen werden oder gibt es eine verbindliche Regelung?

2. Wenn diese 5 Stunden in der Blockbeschulungswoche nicht nachgeholt werden, verfallen diese Stunden dann aus Sicht des Arbeitgebers oder kann der Arbeitgeber die Ableistung der fraglichen Stunden in einer der darauf folgenden Wochen verlangen, gegebenenfalls in welcher?

3. Wie werden bei der Umrechnung von Schul- in Arbeitszeitstunden die Anfahrtswege berücksichtigt, werden sie als Arbeitszeitstunden angerechnet, gegebenenfalls in welchem Umfang?

Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 13. Februar 2003

Zu 1.: Nach überwiegender, auch vom Bundesarbeitsgericht vertretener Ansicht darf die Nachholung der Zeitdifferenz zwischen wöchentlicher Arbeitszeit und den anrechenbaren Zeiten der Teilnahme am Berufsschulunterricht im Sinne von § 7 BBiG nur innerhalb der betriebsüblichen Ausbildungszeiten erfolgen. Soweit sich daher im konkreten Fall weder im Ausbildungsvertrag noch im Tarifvertrag eine Regelung über die Nachholung findet, kommt ein Nachholen am Wochenende nur dann in Betracht, wenn das Wochenende zu den betriebsüblichen Ausbildungszeiten gehört. Ein Abzug vom Urlaub bzw. von den Überstunden kommt nur aufgrund einer Regelung im Ausbildungsvertrag oder im Tarifvertrag in Betracht.

Zu 2.: Sofern sich im jeweiligen Ausbildungsvertrag oder im anwendbaren Tarifvertrag keine anderweitige Regelung findet, kommt eine Nachholung nach überwiegender Ansicht nur innerhalb der betriebsüblichen Ausbildungszeiten in derselben Kalenderwoche in Betracht. Zeiten, die in derselben Kalenderwoche nicht nachgeholt werden, verfallen.

Zu 3.: Nach überwiegender Ansicht gehören die notwendigen Wegezeiten zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb zu den Zeiten der Teilnahme am Berufsschulunterricht im Sinne von § 7 BBiG mit der Folge, dass diese Wegezeiten in vollem Umfang auf die Arbeitszeit anzurechnen

sind. Hingegen sind die Wegezeiten zwischen Wohnung und Berufsschule nicht als Zeiten der Teilnahme am Berufsschulunterricht im Sinne von § 7 BBiG zu werten und damit auch nicht auf die Arbeitszeit anrechenbar.

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Steiger (SPD), 20. März 2003

Anpassung der Schulbauverordnung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bestehende Schulbauverordnung möglichst bald zu ändern mit dem Ziel einer Förderfähigkeit schulbaulicher Innovationen wie z.B. zusätzlicher Räume und Einrichtungen für einen Ganztagschulbetrieb, Einrichtung eines Schülercafés u.a.m.

Begründung: Derzeit ist eine Einrechnung der Kosten für innovative bauliche Maßnahmen in die Gesamtsumme der förderfähigen Aufwendungen bei schulischen Neu-, Umbau-, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen zum Nachteil der betroffenen Schulaufwandsträger leider nicht möglich. Gleichzeitig besteht eine hohe Bereitschaft für derartige schulische Innovationen. In der Genehmigungsphase fallen diese dann häufig aufgrund der durch die geltenden Schulbauempfehlungen nicht möglichen Anerkennung der Zuschussfähigkeit durch die Regierungen bzw. das Staatsministerium der Finanzen wieder aus den Planungen heraus.

Antrag der Abgeordneten Starzmann, Berg u.a. (SPD), 14. März 2003

Neue Berufsbilder in der landwirtschaftlichen Ausbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Landwirte mit ihrer landwirtschaftlichen Berufsausbildung gleichzeitig einen ausserlandwirtschaftlichen Beruf erlernen können, um so eine Doppelqualifikation zu erlangen, z.B. Schreiner-Landwirt, Hotelfachfrau, Hauswirtschafterin, Mechaniker-Landwirt. Ein Beispiel kann die Doppelausbildung an der Schule in Kleßheim/Österreich sein.

Antwortschreiben des CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück auf das Schreiben des VLB vom 3. April 2003 (veröffentlicht in Heft 5/03 von VLB akzente), 10. April 2003

Einrichtung einer 13. Klasse an der Fachoberschule

Sehr geehrter Herr Sauerwein,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. April 2003. Begleituntersuchungen von Prof. Baumert zur PISA-Studie haben gezeigt, dass in keinem Land Deutschlands das Umsteigen von einer Schulart in die andere in nennenswertem Umfang gelingt, d.h. die Durchlässigkeit des Schulsystems ist nur dann gegeben, wenn eine Schulart „auf der anderen aufbaut“. Diesem Grundgedanken folgend hat die CSU-Landtagsfraktion in ihrer Beschlussfassung die Einrichtung einer dreizehnten Fachoberschulklasse mit dem Ziel der fachgebundenen bzw. allgemeinen Hochschulreife beschlossen.

Ich freue mich, dass Sie diesem Ziel grundsätzlich zustimmen. Die Frage, die sich aus dieser grundsätzlichen Überlegung ergibt, ist nun, ob diese Schule selbständig oder gemeinsam mit der Berufsoberschule mit dem Ziel der Gründung eines beruflichen Gymnasiums bzw. einer beruflichen Oberschule erfolgen soll.

Eine Bedingung der Reformüberlegungen war dabei, die Berufsoberschule in ihrem jetzigen erfolgreichen Zustand unberührt zu lassen und gleichzeitig vor dem Hintergrund künftiger sinkender Schülerzahlen und geänderten wirtschaftlichen Nachfrageverhaltens langfristig ihren Bestand zu sichern. Selbstverständlich ist auch Motiv, dass die in dieser Form in Deutschland wohl einzigartigen Bafög-Ansprüche der Schüler erhalten bleiben.

Nach Rücksprache mit dem Kultusministerium wurde deshalb der Gedanke geboren, die Berufsoberschule und die Fachoberschule als zwei selbständige Zweige unter einem Dach zu konzipieren, wobei gleichzeitig die Möglichkeit erhalten bleibt, dort zwei selbständige Schulen zu führen, wo sich dies aus baulichen und quantitativen Gegebenheiten heraus anbietet. Mit anderen Worten, der Fraktionsvorschlag beinhaltet sowohl die Möglichkeit zweier selbständiger Schulen, wobei dann faktisch aus der dreijährigen Fachoberschule ein Modell des beruflichen Gymnasiums nach dem Württemberger Muster würde, oder aber auch die gemeinsame Führung dort, wo es die Gegebenheiten – unter Umständen im Rahmen eines beruflichen Kompetenzzentrums – sinnvoll erscheinen lassen.

Nach heutigem Stand wird der Weg in die dreizehnte Fachoberschulklasse nur den Schülern offen stehen, die eine herausgehobene Leistung bei der Ablegung des „Fachabiturs“ nachweisen. Die 13. Klasse wird mit einem Zentralabitur abgeschlossen werden. Die Gefahr des „Billigabiturs“ sehe ich daher nicht.

Ich teile Ihren Ansatz, dass nicht die Zahl, sondern die Qualität der Hochschulzugangsberechtigten entscheidend ist. Die PISA-Studie und die Ergebnisse der Orientierungsarbeiten haben uns allerdings gezeigt, dass wir in Bayern bei weitem nicht die Quote derer ausschöpfen, die aufgrund ihrer nachgewiesenen Leistungen geeignet wären, die Allgemeine Hochschulreife zu erlangen.

Die jüngst von der Staatsregierung veröffentlichten Zahlen zu Bildungsverläufen bzw. Bildungsgrunddaten in Bayern zeigen, dass nicht selten Kinder, deren Eignung zur Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife ausreichen würde, aufgrund anderer sozialer Faktoren diesen schulischen Weg nicht gehen. Da – wie eingangs erwähnt – eine spätere Durchlässigkeit in unserem Schulsystem nicht in ausreichendem Maße gegeben ist, bietet die 13. Fachoberschulklasse diesen Schülern eine zweite Möglichkeit. Wie Sie erwähnt haben, hat Baden-Württemberg für diese Klientel das passende Angebot; unser Vorschlag orientiert sich an diesem erfolgreichen Modell. Ihr Vorschlag von doppelqualifizierenden Bildungsgängen findet sich bereits in der Praxis in einzelnen Versuchen. Einer Ausweitung dieser Modelle stehen wir sehr offen gegenüber.

Sehr geehrter Herr Sauerwein, ich bitte Sie um Unterstützung für die Fachoberschule in der neuen Form. Angesichts der Lehrstellensituation wird die Fachoberschule in den nächsten Jahren deutlich mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssen, als dies heute der Fall ist. Sicherlich werden darunter auch viele sein, die nur mit großer pädagogischer Hilfe einen Abschluss erreichen können. Genauso viele könnten es aber auch sein, denen eine zusätzliche Option eröffnet wird.

*Mit freundlichen Grüßen
Alois Glück*

Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus,
22. April 2003

Einrichtung von zusätzlichen Klassen für das Berufsvorbereitungsjahr und an Berufsfachschulen

Der Ausbildungsstellenmarkt hat sich nach den neuesten Zahlen der Arbeitsverwaltung heuer deutlich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Derzeit gibt es in Bayern rund 11.000 Ausbildungsplätze (13,8 %) weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es muss mit wesentlich mehr unversorgten Jugendlichen als im Vorjahr gerechnet werden.

Das Landesarbeitsamt Bayern hat in einem kürzlichen Gespräch mit Vertretern des Kultus- und des Arbeitsministeriums auf diese Situation hingewiesen und versichert, dass der Bestand an berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, insbesondere der Umfang der integrativen berufsvorbereitenden Maßnahmen (3 Tage Betrieb, 2 Tage Berufsschule), gesichert werde. Allerdings wurde keine – an sich erforderliche – Ausweitung der Maßnahmen in Aussicht gestellt, sondern die Erwartung geäußert, dass die Berufsschulen und Berufsfachschulen mit vollzeitschulischen Angeboten den Zusatzbedarf abdecken. Demgegenüber hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit laut Presse angekündigt, dass besondere Anstrengungen unternommen werden, Jugendlichen eine Berufsvorbereitung, Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen und dass entsprechende Bemühungen von Mai an starten sollen.

Angesichts der knappen Stellen und Mittel sowie des Lehrermangels in bestimmten Bereichen sieht das Kultusministeriums zum gegenwärtigen Stand keine Möglichkeit, zusätzliche BVJ-Klassen (über den Bestand hinaus) und zusätzliche Klassen an den Berufsfachschulen einzurichten.

Die Regierungen und die staatlichen Berufsschulen werden gebeten, dies zu beachten.

gez. Thomé
Ministerialdirigent

Schreiben des Bayerischen Finanzministeriums an den Vorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes, Herrn Rolf Habermann (Antwort auf ein Schreiben vom 27. Juni 2002),
20. Mai 2003

Vergütung teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte, die an ganztägigen Klassenfahrten teilnehmen

Sehr geehrter Herr Habermann,

das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 22. August 2001 – 5 AZR 108/00 – war zwischenzeitlich Gegenstand einer Erörterung in der Lehrerkommission der TdL. Die Lehrerkommission hat die Auffassung vertreten, dass aus diesem Urteil keine allgemeinen Folgerungen gezogen werden sollten, sofern es sich nicht um mindestens einwöchige Klassenfahrten handelt.

In Anbetracht der Auffassung der Lehrerkommission und der Verfahrensweise in den anderen Ländern habe ich mich zwischenzeitlich damit einverstanden erklärt, dass aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 22. August 2001 allgemeine Folgerungen gezogen werden, sofern teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis an ganztägigen Klassenfahrten teilnehmen. Dabei wird für die zusätzliche Arbeitsleistung vorrangig ein entsprechender Freizeitausgleich unter Fortzahlung der Vergütung und der in Monatsbeträgen festgelegten Zulagen gewährt. Anteilige BAT-Vergütung kann für diese zusätzliche Arbeitsleistung nur dann gezahlt werden, wenn der Freizeitausgleich innerhalb der hierfür vorgesehenen Frist aus zwingenden dienstlichen oder betrieblichen Gründen nicht möglich sein sollte. Obergrenze für den Freizeitausgleich bzw. die anteilige BAT-Vergütung ist die Pflichtstundenzahl einer entsprechend vollbeschäftigten Lehrkraft.

Mit freundlichen Grüßen

Wilhelm Hüllmantel
Ministerialdirigent

Das Thema Lehrergesundheit ist nicht nur Dank der Studien von Prof. Schaarschmidt und seinem Team (Potsdamer Studie) in aller Munde (siehe VLB akzente Nr. 5 S. 17). Bereits im vergangenen Jahr hatte der Bezirksverband Unterfranken eine erste Regionaltagung zu diesem Thema durchgeführt. Eine zweite fand jetzt im Bezirksverband Schwaben statt. Gleichzeitig kündigen die Unterfranken die Fortsetzung der letztjährigen Tagung an. Zu beiden Veranstaltungen finden Sie nachfolgend Informationen.

Lehrergesundheit oder Job-Allergie:

Regionaltagung Lehrergesundheit in Schwaben

JOHANNES MÜNCH

Die zweite VLB-Regionaltagung zur Lehrergesundheit wurde mit großem Zuspruch der KollegInnen an den Beruflichen Schulen Neusäß durchgeführt. Die Hauptreferentin der gemeinsamen Veranstaltung des Bezirksverbandes Schwaben mit den Kreisverbänden Nordschwaben, Augsburg und Allgäu war Dr. Helga Arold, Mitarbeiterin von Prof. Dr. Schaarschmidt, vom Institut für Psychologie der Universität Potsdam, die Zwischenergebnisse der vom DBB unterstützten Studie AVEM zur Lehrergesundheit von Prof. Dr. Schaarschmidt dem interessierten Plenum vorstellte.

Untersuchung

Nach der Begrüßung und Vorstellung durch den Bezirksvorsitzenden Jürgen Wunderlich ging Dr. Arold in ihrem Vortrag auf die Zwischenergebnisse der AVEM-Studie ein, in der rund 8.000 LehrerInnen aller Schularten bundesweit zur Lehrergesundheit befragt wurden. Die Ergebnisse zeigen in aller Deutlichkeit, dass durchschnittlich mehr als die Hälfte der KollegInnen durch die Belastungen des Lehrerberufs einer gesundheitlichen Gefährdung bis hin zum Burn-Out-Syndrom ausgesetzt sind. Dabei treten sowohl psychische wie auch körperliche Beschwerden in verschiedensten Ausprägungen durch Arbeitsbelastung im Lehrerberuf auf. Konkret



BV-Vorsitzender Jürgen Wunderlich bedankt sich bei Dr. Helga Arnoldt für die aufschlussreichen Ausführungen.

wurden in diesem Zusammenhang die Befragten nach ihrer Fähigkeit, berufliche Belastungen zu bewältigen, in die vier Grundtypen eingeteilt. Aus diesen Grundtypen wurden Profile abgeleitet, mit denen Risikomuster für LehrerInnen aus Faktoren wie

- Bedeutsamkeit der Arbeit,
 - Beruflicher Ehrgeiz,
 - Verausgabungsbereitschaft,
 - Perfektionsstreben,
 - Distanzierungsfähigkeit,
 - Resignationstendenz,
 - Offensive Problembewältigung,
 - Innere Ruhe und Ausgeglichenheit,
 - Erfolgserleben im Beruf,
 - Lebenszufriedenheit und
 - Erleben sozialer Unterstützung
- Gewonnen werden konnten.

Forschungsergebnisse

Aus der Studie geht nicht nur hervor, dass KollegInnen in den neuen

Bundesländern einer höheren Gefährdung ausgesetzt sind, als beispielsweise in den alten Bundesländern. Vielmehr nimmt Bayern bei den westlichen Bundesländern einen Spitzenplatz bei der Gefährdung der Lehrergesundheit mit rund 60 Prozent gefährdeter LehrerInnen ein. Die Quote der gesundheitsgefährdeten KollegInnen in bayerischen Berufsschulen liegt dabei noch leicht über dem Durchschnitt der anderen bayerischer Schulen. Lehrerinnen sind laut der Studie noch mehr gefährdet, als ihre männlichen Kollegen. Im Vergleich zu anderen Studien mit Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes wie Polizei, Feuerwehr, Mitarbeiter in Sozialämtern etc. nahmen die Lehrer den absoluten Spitzenplatz ein.

Ursachen

Als Hauptfaktoren für den Stress des Lehrerberufs und damit die Gefährdung der Gesundheit wurden zu große Klassen und unangemessenes Schülerverhalten angeführt. Darüber hinaus stellte Dr. Arold dar, dass auch Faktoren wie fehlendes Erfolgserleben, das permanente Gefühl der Arbeitsüberlastung und mangelnde gesellschaftlich, soziale Anerkennung die angesprochen Symptome fördern.

Bewältigung

Obwohl dieses Phänomen bereits seit der ersten Hälfte der Neunzigerjahre mit den öffentlichen Dienstgebern diskutiert wird, wurden bislang keine erfolgversprechenden Ansätze gefunden. Neben der Forderung, den schulpsychologischen Dienst zur Betreuung betroffener KollegInnen einzubinden, empfahl Dr. Arold den Anwesenden beispielsweise zum Ausgleich des Schulstresses Lehrersport gemeinsam zu treiben und die Abgrenzung von Dienst, Freizeit und Familienleben bewusster zu steuern.

Job-Allergie

Desweiteren beleuchtete Dr. Arold die Aspekte der persönlichen Eignung für den Lehrerberuf. Im Gegensatz zur teilweise öffentlichen Meinung, die Lehrern mangelnde Professionalität vorwirft, differenzierte sie, dass

nicht nur Eignungstests für die Zulassung zum Lehramt erforderlich seien, sondern dass insbesondere seitens der Hochschulen und Dienstgeber auch die Beratung im Sinne der Lehramtsanwärter verstärkt werden müsse, um so die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen des Burn-Outs bereits im Vorfeld zu reduzieren.

Fazit

Summa-summarum war diese Veranstaltung ein voller Erfolg. Dennoch

zeigt die Zahl von 50 Besuchern, dass bei weitem noch nicht alle nach dieser Studie betroffenen KollegenInnen des Bezirks erreicht wurden. Um so mehr ist es, wie Bezirksvorsitzender Jürgen Wunderlich betonte, von zentraler Bedeutung, dass der VLB diesen Themenkreis weiter aufgreift und KollegenInnen bei der Bewältigung der Belastungen des Lehrerberufs unterstützt.

Dies wird im Juli 2003 mit einer weiteren Regionaltagung des Bezirksver-

bands Unterfranken in Zusammenarbeit mit der Regierung von Unterfranken zum Thema Lehrergesundheit thematisiert werden (siehe unten). <

Weiterführende Links:

http://www.vlbs.de/dl/bbw2002/bbw_02-2002.pdf

<http://www.bliv.de/service/download/arbbeitsbelastung.pdf>

<http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/berufstudium/artikel/115/11104/>

Fachtagung Lehrergesundheit in Würzburg am 12. Juli 2003:

Was brauchen Lehrerinnen und Lehrer angesichts wachsender Beanspruchung?

Die Zwischenergebnisse der Potsdamer Studie zur Lehrerbeltung (siehe VLB-akzente 05 S. 13 ff) sowie auch der vorstehende Artikel machen deutlich, dass das Thema Lehrergesundheit nach wie vor ein Brennpunkt des Schulalltages ist.

Bereits zum zweiten Mal veranstaltet der Bezirksverband Unterfranken, diesmal in Zusammenarbeit mit der Regierung, eine regionale Fachtagung zur Lehrergesundheit und Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer.

Bezirksvorsitzender Wolfgang Lambl löst damit auch sein Versprechen vom vergangenen Jahr ein, dass der VLB weitere „Unterstützung und Hilfe“ anbietet.

Nachfolgend finden Sie das Programm der „Fachtagung Lehrergesundheit 2003“. Wie Sie sehen, ist es ein sehr vielschichtiges Programm, so dass jeder Interessierte ein seinen Wünschen entsprechendes Angebot finden wird. Bei der Anmeldung geben Sie bitte eine Reihung der Arbeitskreise an, die Sie besuchen wollen, da die Teilnehmerzahl pro Arbeitskreis beschränkt ist (als amtliche Fortbildung anerkannt).

Programm

Ab 9.00 Uhr	Ankommen und Energie tanken - Getränke, Obst und Gebäck stehen für Sie bereit.
09.30 Uhr	Eröffnung und Begrüßung. Wolfgang Lambl, VLB-Bezirksvorsitzender Unterfranken. Dr. Paul Beinhofer, Regierungspräsident von Unterfranken. Pia Beckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg
10.10 Uhr	Psychosomatische Erkrankungen vermeiden. Dr. Dr. Andreas Hillert, Psychosomatische Klinik Roseneck
10.50 Uhr	Brennen oder ausbrennen? Berufsbelastungen durch „innere Führung“ meistern. M. von Scanzoni, Seminarleiterin, München
11.30 Uhr	Konflikte verstehen, vermeiden, bewältigen. Bruno-Ludwig Hemmert, Schulpsychologe, Staatl. Schulberatung Würzburg
12.10 Uhr	Entspannen – „So schmeckt Schule Tag für Tag“. Studierende der Fachakademie für Hauswirtschaft verwöhnen Sie in der Mensa
13.10 bis 15.00 Uhr: Thematische Arbeitskreise	
AK-1:	Gesunde Lehrer – Gesunde Schule. Dr. Dr. Hillert, Gereon Remppe
AK-2:	Lebensfreude und Schaffenskraft wiederentdecken. Die 5 Wandlungsphasen der inneren Balance. M. von Scanzoni, Wolfgang Lambl
AK-3:	Konflikte im Schulalltag bewältigen. Bruno-Ludwig Hemmert, Karl-Heinz Dotzler
AK-4:	Lehrerentlastung durch Aktivierung der Schüler. Martin Ruf, Ursula Erk
AK-5:	Kollegiale Beratung. Dr. Albert Brendle, Udo Sperlich
AK-6:	Kollegiales Teamcoaching. Oskar Köberlein, Matthias Paul
AK-7:	Förderung der Lehrergesundheit durch Schulentwicklung. Harry Koch, Georg Gißler
AK-8:	Wohlbefinden fördern durch sinnvollen Umgang mit Zeit. A. Heinisch, G. Zollner
15:20 Uhr:	Der schwierige Weg zwischen Erfüllung und Überlastung. Was brauchen Lehrerinnen und Lehrer? Präsentation/Zusammenführung der Tagungsergebnisse. Georg Gißler, Harry Koch
16:00 Uhr:	Abschluss und Ende der Veranstaltung. Gustav Eirich, Regierung von Unterfranken. Wolfgang Lambl, VLB-Bezirksvorsitzender Unterfranken
Beteiligung:	15,00 Euro (Seminarbeitrag, Tagungsunterlagen, Speisen und Getränke)
Veranstaltungsort:	Städt. Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen, Königberger Str. 46, 97072 Würzburg, Tel. (0931) 7 90 83-00; Fax: (0931) 7 90 83-99
Anmeldung:	VLB-Bezirksverband Unterfranken, Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar, Tel. 09363-52 78, Fax 0931-3 80 27 66, E-Mail: wolfgang.lambl@reg-ufr.bayern.de oder Internet: www.vlb-bayern.de/FachtagungLehrergesundheit

Für jeden Schüler einen Laptop:

Sind wir vorbereitet?

JOHANNES MÜNCH

Szenario

Stellen wir uns vor, der Verfasser wüsste nur wenig über Schul-EDV und hätte zwei EDV-begeisterte Söhne im schulischen Alter. Was wäre denn mehr geeignet das Vaterherz aufblühen zu lassen, als die neue, vom Kultusministerium unterstützte Initiative i-lern, jedem Schüler ein kostengünstige Laptop zum Schulpreis. Als Vater könnte so der sowieso im Zweijahresturnus fällige Austausch der PC-Ausstattung der Sprösslinge mit schulischen Belangen ideal verknüpft werden. Und wäre es denn nicht auch ein gutes Gefühl, seine Kinder in schulischer Richtung sinnvoll geleitet zu haben, vorausgesetzt die anderen Eltern einer gesamten Klasse machen nach momentanem Stand bei einem Sammeleinkauf mit.

Nach circa vier Wochen käme dann die erste väterliche Nachfrage, was die beiden Söhne denn mit den neuen Laptops in der Schule so gemacht haben. Die Antwort, dass bisher beim einen Sohn nur eine Präsentation und beim anderen Sohn ein Brief erstellt wurde, befriedigt den Vater in Hinblick auf die Anschaffungskosten zwar nicht, aber man ist ja geduldig. Dass mit dem neuen Equipment auch nicht im Internet recherchiert wurde, enttäuscht ihn besonders, da doch dieses neue Medium auch als Allheilmittel für alle PISA-Probleme gepriesen wird.

Diese väterliche Nachsicht mit Schule und Lehrern wäre dann bei der zweiten und dritten Nachfrage nach acht, zwölf oder vierzehn Wochen schon sehr strapaziert, wenn sich herausstellt, dass sich seither beim Technikeinsatz des Nachwuchses immer noch nichts geändert hat. Dieser Vater würde noch eine Zeit warten und bei wiederholter Negativmeldung der Söhne den Klassenleiter, Schulleiter und Elternbeirat hinsichtlich der doch erheblichen An-

schaffungskosten und des ausbleibenden schulischen Nutzwerts kritisch bis gereizt ansprechen.

Berufsschulalltag

Auch wenn die Eltern im beruflichen Schulwesen aufgrund des Lebensalters der Schüler i. d. R. nicht mehr diesen Einfluss auf Ihre Kinder ausüben, könnte aber auch für unseren Bereich durchaus ein gewisses Konfliktpotential mit Schülern selbst, Ausbildungsbetrieben und engagierten Eltern befürchtet werden. Doch warum überhaupt dieses Konfrontationsszenario, wo sich doch die unterrichtlichen Möglichkeiten mit schülereigenen Laptops wirklich wesentlich verbessern würden?

Vernetzung

Basis einer jeden modernen, IT-gestützten Unterrichtsarbeit ist, dass der PC z. B. zur Internet-Nutzung und zum Ausdruck an ein schulisches Netzwerk angebunden ist. Hierzu sind beim Einsatz von Schüler-Notebooks ausreichende Netzwerkkabelanschlüsse, entsprechende Netzwerkverteiler (Hubs und Switches), Netzwerkkabel und das Vernetzungs-Know-how, nicht nur seitens der Systembetreuer, sondern auch seitens aller Lehrkräfte erforderlich. Diese Anforderungen werden derzeit selbst in den bestens ausgestatteten Berufsschulen nicht erfüllt, da die EDV-technische Auslegung traditionell noch auf den Betrieb eigener Schul-PCs erfolgt. Die häufig angeführten Funknetzzenarien WLAN und Bluetooth sind bei realistischer Betrachtung für einen derartigen Einsatz auch wenig geeignet, da pro Funkstation nicht mehr wie acht Laptops versorgt werden können. Die Strahlung würde bei einer massiven Häufung von Funknetzstationen mit Sicherheit auch kritisch diskutiert werden. Darüber hinaus benötigt ein jeder Schüler in einem Netzwerk eine eigene Benutzerkennung

und entsprechende Zugangsberechtigungen für die eingesetzte Software, was den Administrationsaufwand in der Systembetreuung wesentlich erhöhen würde..

Sicherheit

Dadurch, dass Schüler ihre eigenen PCs ins Schulnetz einbinden, ergeben sich zusätzliche, Sicherheitsprobleme. Neben der Gefahr, dass Schulserver und andere Technik gehackt und manipuliert wird, eine Reihe Schüler bringen derartig hoch spezialisierte Kenntnisse mit, besteht vor allem auch die Gefahr des „Software-Diebstahls“ und der Verseuchung des Schulnetzes mit Viren von privaten Schüler-Laptops. Dem kann zwar mit sogenannten getrennten Netzwerkelementen, DMZs (demilitarisierte Zonen), Routern, Bridges, Firewalls und Viren-Software begegnet werden, doch kaum eine Schule verfügt über dieses Spezialwissen und geeignete Sicherheitsausstattungen.

Unterrichtseinsatz

Selbst wenn dann alle technischen Voraussetzungen auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen erfüllt werden, kommt der Schock zu Beginn des Unterrichts. Dreißig Schüler haben nämlich ihren Privat-Laptop mit verschiedenster Software und Spielen ausgestattet und darüber hinaus sind die Laptops auch noch von unterschiedlichen Herstellern. Kurz und gut, der normale Lehrer zieht hier den bewährten Tafelanschrieb trotz zu befürchtender Elternschelte vor.

Lern-Software

Auch wenn die kostenintensive Hardware auf diesem Wege beschafft wird, ist noch nicht einmal ansatzweise diskutiert, wer die erforderliche Lern-Software bezahlen soll. Ausgehend von bestehenden Lizenz- und Preismodellen für Lern-Software und der Annahme, dass auch die Software von Eltern beschafft wird, müsste bei einem normalen, vom Schultyp unabhängigen Unterrichtsverlauf noch einmal das Doppelte des Hardware-Kaufpreises für Software verausgabt werden.

Lösungsansätze

Um nicht missverstanden zu werden, wir werden künftig die privaten Schüler-Laptops zum Lehren und Lernen in allen Schultypen unabdingbar brauchen. Dieses sehen auch die Hersteller von Laptops mit einem siebenstelligen Absatzpotential pro Jahr. Die Schule wird hier künftig „nur noch“ eine geeignete Netzinfrastruktur und unter Umständen die Lern-Software, bevorzugt freie Software wie beispielsweise OpenOffice stellen. Doch wie könnte so etwas aussehen?

1. Es ist davon auszugehen, dass innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre eine schulgeeignete, leistungsfähigere Funknetztechnologie entwickelt wird. Bis dahin könnte beispielweise das bewährte Modell der Physik- und Chemiesäle auf den IT-Unterricht in der Form übertragen werden, dass Netzwerksäle mit festverkabelten Netzwerkzugängen eingerichtet werden, in denen bei Bedarf stundenweise im Wechsel für eine Klasse ein Netz- und Druckerzugang mit eigenen Laptops möglich ist.

2. Um sicherzustellen, dass bei verschiedensten Laptop-Modellen und unterschiedlichster installierter Software ein geregelter Unterrichtsbetrieb mit identischen Arbeitsumgebungen möglich ist, müssen auf Basis sogenannter Terminal-Server geeignete Schullösungen entwickelt werden (Terminal-Server stellen mit einem kleinen Zusatzprogramm auf dem Schüler-Laptop, identische Software zentral für alle Schüler auf einen Server bereit. Die Programme werden dann parallel auf dem Server, nicht auf dem Laptop ausgeführt. Mit dem Laptop erfolgt nur noch die Tastatur- bzw. Mauseingabe und die Ausgabe der Bildschirmhalte vom Server).

3. In einer Folgestufe ist die zentrale Bereitstellung von Software über das Internet nach dem Terminalprinzip in spezialisierten ASP-Rechenzentren (Application Service Providing) anzustreben. Zur Nutzung dieser Terminaltechnologie müssen die Schulen parallel mit entsprechend leistungsfähigen, leistbaren Internet-Anbindungen ausgestattet werden, um diese Dienste nutzen zu können. Weiter

sind so auch Modelle mit zeitabhängiger Abrechnung einer Lern-Software-Nutzung, statt des teuren Einkaufs von Software durch die Schule aus wirtschaftlicher Sicht denkbar. Nur ein solches Modell gewährleistet langfristig die Arbeit von Schülern und auch Lehrern ohne Medienbruch, da gleichermaßen in Schule, Ausbildungsbetrieb und heimischen Umfeld eine identische Arbeitsumgebung (Windows-Desktop) verfügbar wäre.

Fazit

Auch wenn dies alles für viele Lehrer nach Zukunftsmusik klingt, sind die Technologien in mit dem Schulwesen vergleichbaren großen Wirtschaftsunternehmen bereits eingeführt und bewährt. Weiter hat sich auch das BMBF und Schulen ans Netz in dem Projekt ITworks unter anderem die Entwicklung solcher Schullösungen auf die Fahnen geschrieben, auch wenn die sehr spät veröffentlichten Beschreibungen der mit insgesamt achtstelligen Euro-Beträgen geförderten Projekte nur wenig Zeitgemäßes und Übertragbares erwarten lassen (<http://www.schulen-ans-netz.de/projekte/itworks/>).

Um dem universellen Nachfolger des einst selbst gekauften Taschenrechners oder Zeichenbretts möglichst schnell den Weg in Berufsschulen zu mehr Unterrichtsqualität zu ebnen, müssen entsprechend, geeignete Entwicklungen und Vermarktungsmodelle parallel zur Laptop-Beschaffung zeitnah umgesetzt werden, von wem auch immer. Wir sollten nicht wieder warten, bis wir im internationalen Vergleich das Schlusslicht bilden und der Druck der Gesellschaft auf die Schule wieder zu immensen Klimmzügen zwingt.

Und zum Abschluss ein Wort an die Laptop-Hersteller. Wäre es bei den skizzierten Terminal- und ASP-Szenarien nicht förderlicher, ähnlich wie bereits bei Lern-Software, Schüler-Laptops einzeln gegen Schulnachweise zu verkaufen. Dies würde die Kaufentscheidung hunderttausender Eltern nicht nur wesentlich erleichtern, sondern auch den individuellen Wettbewerb stärken und die Entwicklung bzw. Optimierung von Schüler-Laptops vorantreiben.

Der eingangs genannte Vater wäre mit seiner Schule hoch zufrieden. <

Staatsminister Dr. Günther Beckstein zu Besuch an Würzburger Berufsschule:

Klares Bekenntnis zum Religionsunterricht an der Berufsschule

HANS UEBLER

„Polizisten im Einsatz gegen Schulschwänzer“ – solche oder ähnliche Schlagzeilen in jüngster Vergangenheit ließen nicht nur Pädagogen aufhorchen. Trauriger Höhepunkt war der Fall eines Berufsschülers aus dem Landkreis Bad Kissingen: Zwangsweise Unterbringung für ein Wochenende in der JVA Würzburg wegen notorischen Schulschwänzens. „Der Religionsunterricht an der Berufsschule als

eine der Säulen im Präventivbereich gegen auffällige Schüler“, so eine Überschrift über ein Treffen mit Staatsminister Dr. Günther Beckmann im Umfeld der in Würzburg stattgefundenen Landessynode. Neben dem berufenen Synodalen Beckstein wurde die Runde an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg ergänzt durch die Oberbürgermeisterin Pia Beckmann, Stadtschulrat Reiner Hartenstein, Schulleiter Hermann Sauerwein sowie Pfarrer Hans Uebler aus dem Hause.

Mit Interesse verfolgten die Gäste an ganz konkreten Unterrichtsbeispielen aus dem Schulalltag, wie der Religionsunterricht eine Möglichkeit sein kann, neben der Abdeckung des Lehrplanes immer wieder verstärkt den Jugendlichen in seiner eigenen Realität abzuholen. „Der Religionsunterricht verfolgt persönlichkeitsfördernde Ziele“ – so wurde es bereits vor 10 Jahren von den Leitungen der beiden großen Kirchen Bayerns im Einklang mit Industrie, dem Handwerk und den Gewerkschaften innerhalb ihrer gemeinsamen „Erklärung zum Religionsunterricht an der Berufsschule“ als eines der Hauptanliegen hervorgehoben. Zitat weiter: „Es ist für die jungen Menschen wichtig, auch in der Berufsschule erfahren zu können, dass jemand da ist, der ein offenes Ohr für sie hat und sie in ihrer Suche nach Antworten auf Lebens- und Glaubensfragen ein Stück begleitet.“ In voller Übereinstimmung mit dieser Verlautbarung sehen sich die Religionspädagogen an der Franz-

Pfarrer Hans Uebler erläutert die im Religionsunterricht u. a. eingesetzte Methode des meditativen Malens. Von links Hermann Sauerwein, Stadtschulrat Reiner Hartenstein, Pfarrer Hans Uebler, Dr. Günther Beckstein, Oberbürgermeisterin Pia Beckmann.



Oberthür-Schule. „Das Thema unseres Religionsunterrichtes sind in erster Linie die Schüler,“ so ihr Credo.

Wer Hand anlegen möchte am Religionsunterricht in Berufsschulen – und sei es durch die Forderung nach mehr Praxis – der nimmt Jugendliche nicht ernst: Nämlich jene Jugendliche, die auf Grund der allgemeinen Situation eher zu denjenigen gehören, denen Sinn- und Zukunftsfragen am meisten unter den Nägeln brennen. Alleine zwei Drittel der jungen Leute

eines jeden Geburtsjahrganges durchlaufen irgendeine Form von beruflicher Schule.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die vorgestellten Unterrichtsbeispiele, die auf die Vielschichtigkeit der Lebensprobleme von Berufsschülern abzielen, ergab sich nach einem intensiven Austausch aller Beteiligten ein einstimmiges Votum: Klares Bekenntnis zum Religionsunterricht an der Berufsschule. <

Regionale Siegerehrung zum Börsenplanspiel: Berufliche Schulen auch an der Börse Spitze!

ARMIN ULBRICH

Am 3. Dezember 2002 endete das „Planspiel Börse 2002“ der deutschen Sparkassenorganisation. Der Schülerwettbewerb bot den Teilnehmern die Chance, mit einem fiktiven Startkapital von 50000 Euro ohne jedes Risiko und ohne Kosten unter sonst realen Bedingungen Börsengeschäfte zwischen dem 25. September und dem 3. Dezember 2002 zu tätigen. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, spielerisch Interesse für das Börsengeschehen und die ökonomischen Zusammenhänge zu wecken. Mit diesem Planspiel wird den Teilnehmern ein spannendes Wertpapiertraining geboten, das durch „Learning by doing“ in die Arbeit eines Wertpapierbrokers einführt. Aus dem Startkapital von 50000

Euro, die jede Spielgruppe zur Verfügung hat, soll durch Anlageentscheidung, An- und Verkauf von Wertpapieren ein höheres Endkapital erzielt werden. Ob erfolgreich oder nicht, je-

der Jungbörsianer hat gewonnen, entweder Gewinne, aber auch bei Verlusten und auf jeden Fall immer – viele Erfahrungen – positive und negative, wie dies der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Werner Netzel bei der Siegerehrung der erfolgreichsten Spielgruppen aus Bayern in München im Künstlerhaus am

Fachoberschule Kempten, von links nach rechts: Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Herr Schmidt, Vorstandsmitglied der Sparkasse Allgäu, OStR Walter Büchele, Betreuungslehrer, Matthias Hensler, Joel Riefler-Schnitzler, Charlotte Schmidt, Vanessa Schwärzler, Dieter Franke, Oberstudienleiter Dr. Joachim Kormann, Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft.



In der Wirtschaftsschule Bamberg, von links: Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Konrad Gottschall, Sparkassendirektor Bamberg, Schülerinnen, Ariane Naujoks, Marketing Mitarbeiterin, Schulleiter Martin Mattausch, Dr. Joachim Kormann, Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft.



Lenbachplatz betonte. Insgesamt haben an dem Wettbewerb 35348 Schülergruppen teilgenommen. Aus Bayern waren 7628 Depots (21,5 %) registriert. Zwei vordere Plätze (Silber und Bronze!) belegten berufliche Schulen, die FOS Kempten und die Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule aus Bamberg.

Den 2. Platz in Bayern und den 5. Platz im Bund erzielte die FOS Kemp-

ten mit der Spielgruppe GIN Tonic, die aus dem Startkapital 111953,07 Euro erwirtschafteten. Preis: 1000 Euro für die Spielgruppe und 500 Euro für die Schule. Den 3. Platz in Bayern erzielte die Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule Bamberg mit der Spielgruppe Börsenagenten 007, die aus dem Startkapital 103.931,26 Euro erwirtschafteten. Preis: 750 Euro für die Spielgruppe und 400 Euro für die Schule. <

Schulbuchverlage:

Das neue Urheberrecht bleibt Stückwerk – Einscannen von Schulbüchern allerdings nicht erlaubt

Nach der Entscheidung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, den stark umstrittenen Paragraphen 52 a des Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft wirksam werden zu lassen, stellt die Branchenvertretung der Schulbuch- und Bildungsverlage fest, dass das neue Urheberrecht nur „Stückwerk“ bleibe. Der Branchenverband, dessen Mitglieder seit Jahrzehnten unter massenhaftem Kopieren aus Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien leiden, begrüßt indes die für Bildungsmedien eingeführte Bereichsausnahme, die es den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verbietet, ohne Einwilligung der Verlage Schulbücher oder sonstige Bildungsmedien einzuscannen bzw. zu

überspielen und anschließend zu nutzen. Dieses Verbot ist eindeutig in dem neu eingeführten Absatz 2 des § 52 a formuliert. Der VdS Bildungsmedien bekräftigt allerdings seine Kritik, dass eine entsprechende Bereichsausnahme nicht auch für wissenschaftliche Literatur eingeführt wurde, zumal ein Teil seiner Mitglieder insbesondere erziehungswissenschaftliche Werke publiziert, die nunmehr von den Universitäten und anderen staatlichen Bildungseinrichtungen „ausgeschlachtet“ werden können, ohne dass den Verlagen und Urhebern für die Nutzung ihrer Werke eine angemessene Vergütung zukommen wird. „Die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen ist die beste Lösung für Urheber und Rechteinhaber,“ betont der VdS.

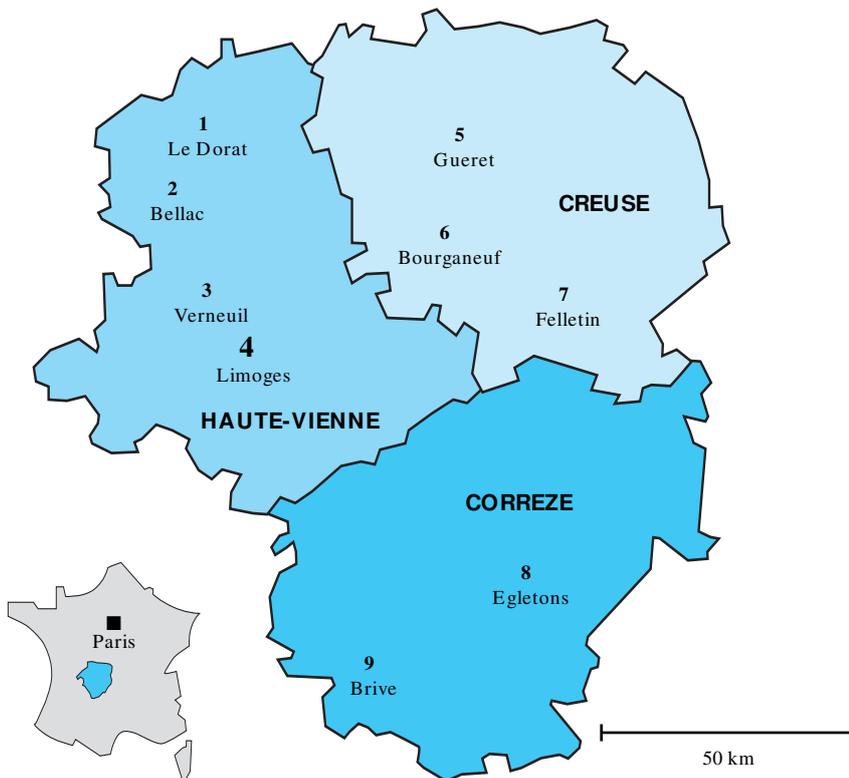
Schulbücher, Unterrichtsmaterialien, Lernhilfen, Fachbücher für die berufliche Bildung und die Erwachsenenbildung, Lern- und Bildungssoftware wie andere digitale Lern- und Bildungsangebote dürfen nach der Neuregelung nicht eingescannt bzw. überspielt und in den Schul- oder Universitätsnetzen verbreitet werden. Dieses gilt auch für kleinste Teile von Werken. Der vom Rechtsausschuss beschlossene § 52 a schreibt in Absatz 2 unzweideutig vor, dass diese Werke von Schulen und vergleichbaren Bildungseinrichtungen nur dann gescannt, eingespeichert und genutzt werden können, wenn die Verlage vorab hierfür ihr Einverständnis gegeben haben: „Die öffentliche Zugänglichmachung eines für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werkes ist stets nur mit Einwilligung des Berechtigten zulässig“. Im Klartext bedeutet dies, dass das Einscannen und anschließende Nutzen von Schulbüchern und ihnen gleichgestellter Werke zunächst grundsätzlich verboten ist und interessierte Lehrerinnen und Lehrer in allen Fällen bei den Schulbuchverlagen nachfragen müssen, ob sie das Werk ins Schulnetz stellen dürfen auch wenn es sich um Ausschnitte, einzelne Kapitel, einzelne Texte oder Bilder aus dem betreffenden Buch handelt. Das Kopieren von Lernsoftware und das anschließende Einstellen der digitalen Kopien in Schulnetz oder andere Netze bleibt ebenfalls grundsätzlich verboten.

Nur so kann sichergestellt werden, dass Autoren und Herausgeber mit den Schulbuchverlagen auch künftig qualitätsvolle Produkte entwickeln können.

Die im VdS Bildungsmedien organisierten Schulbuch- und Bildungsverlage bieten bereits jetzt zahlreiche Lizenzmodelle für die Nutzung von Büchern und Software im Unterricht an. „Unsere Mitglieder werden die nach der Neuregelung anfallenden Anfragen der Lehrerinnen und Lehrern in jedem Einzelfall sorgsam prüfen und ggf. Lizenzen erteilen,“ erklärt der VdS. Entsprechende Angebote werden von den Verlagen derzeit entwickelt. *VdS Bildungsmedien*

Wer sucht eine Partnerschule?

Wie bei der Berichterstattung über das bayerisch-französische Symposium (Heft 5/03 VLB akzente) beschrieben, suchen einige berufliche Schulen in der französischen Region Limousin Partnerschulen in Bayern. Bitte wenden Sie sich an unsere Geschäftsstelle, wenn Sie an einem Kontakt interessiert sind. Über Finanzierungsmöglichkeiten werden wir in unserem Juliheft informieren.



1 Lycée Professionnel George Sand
Rechnungswesen, Gesundheits- und Sozialberufe, 87210 Le Dorat

2 Lycée Professionnel Martin Nadaud
Bauberufe, Heizungs-, Klima-, Lüftungsberufe, 87300 Bellac

3 Lycée Agricole des Limoges „les Vaseix“, Tieraufzucht
87430 Verneuil-sur-Vienne
(die Schule sucht eine Partnerschaft auf Fachschul- oder Fachhochschul-niveau)

4 Lycée Professionnel Marcel Pagnol
Handelsberufe, Rechnungswesen, Sekretärinnen etc. (u.a. Lehrlingsausbildung), 87000 Limoges

Lycée Professionnel Le Mas Jambost
Kreativberufe wie Keramiker, Raumausstatter, Tapezierer
87100 Limoges

Lycée Hotelier Jean Monnet
Hotel- und Gastronomieberufe
87000 Limoges
(bereits Kontakte geknüpft)

5 Lycée Technologique et Professionnel Jean Favard
Dienstleistungsberufe, Haustechnik, Informatik, Automatenwartung, 23000 Gueret

6 Lycée Professionnel Delphine Gay
Gastronomieberufe, Modeberufe, Friseur, Sekretärinnen (u.a. Lehrlingsausbildung), 23400 Bourgneuf

7 Lycée für Bauberufe
23500 Felletin

8 Lycée Pierre Caraminot
Bauberufe, Wartungsberufe (Automaten und Informatik), 19300 Egletons

9 Lycée Professionnel Georges Cabanis
Elektro- und Elektronikberufe, Mechatronik, 19311 Brive

Auslandsaufenthalt von Schülern scheitert oft an den Kosten

Ein Auslandsaufenthalt von Schülern scheitert oft an der Finanzierung. Die Kosten sind einer der Hauptgründe, warum die meisten Schüler, die sich für einen Auslandsaufenthalt interessieren, aus den Gymnasien kommen, Haupt- und Realschüler aber weitgehend außen vor bleiben. Dies ist das zentrale Ergebnis einer neuen Studie, die das Mobilitätsverhalten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren unter die Lupe genommen hat. Sie ist Bestandteil einer europaweiten Untersuchung in insgesamt 19 Ländern, die im Rahmen des SOCRATES-Programms von der EU gefördert wurde.

Der deutsche Beitrag der Studie wurde von AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. (Hamburg) erstellt. Dabei wurden 29 private Organisationen befragt, die sich mit internationalem Austausch befassen sowie Kultusministerkonferenz, Schulleiter, Lehrer und Eltern, wie die AFS weiter berichtete. Die Studie über Deutschland wurde am 23. Mai 2003 in Bonn vorgestellt. Die vergleichenden Gesamtergebnisse der europäischen Länder sollen im Herbst 2003 veröffentlicht werden. Dann soll auch darüber befunden werden, ob und inwieweit die EU den Schüleraustausch stärker fördern sollte. Ziel der Studie war es in erster Linie, Sachstände, Kenntnisse, Meinungen und Hindernisse zu benennen, die einen internationalen Schüleraustausch bremsen. Außerdem sollten Erkenntnisse für Verbesserungsvorschläge gesammelt werden.

Die Studie stellt hauptsächlich folgende Barrieren für eine stärkere Mobilität von Schülern fest: Vorurteile, Inflexibilität und Angst vor einem unbekanntem Land, festlegende Traditionen und regionale Vorlieben, einengende Lehrpläne, Sprach- und Prüfungsanforderungen. Fremdsprachenkenntnisse, die auf die gängigen Sprachen begrenzt sind (Englisch, Französisch, Spanisch), bürokratische Hemmnisse – und vor allem finanzielle Hindernisse.

Letzteres erklärt auch die Tatsache, dass die meisten Schüler, die ins Ausland gehen, aus den Gymnasien kommen. Zwar können auch Real- und Hauptschüler ins Ausland gehen, diese nutzen das Angebot jedoch selten. Das liegt unter anderem daran, dass auf dem Gymnasium das Bewusstsein für Bildung stärker ist, aber auch daran, dass Real- und Hauptschüler meist gleich in den Beruf streben. *dpa*

Digitale Arbeitsblätter

Materialien für den Unterricht

In Zusammenarbeit mit Computer easy

MARGIT HOFGÄRTNER

Windows, Word und Excel gehören inzwischen zu den Standard-Programmen von Betrieben und Unternehmen. Die Folge für Jobsuchende: Ohne grundlegende Kenntnisse der Microsoft-Produkte ist es sehr schwer, eine adäquate Anstellung zu finden. Gut, wenn diese Schlüsselqualifikationen bereits in der Berufsschule vermittelt wurden.

Lösungsorientierte Unterrichtsmaterialien für den EDV-Unterricht liefern die „Digitalen Arbeitsblätter“. Jede der CDs enthält 30 Workshops zu Word, Excel oder Windows, die sofort im Schulunterricht eingesetzt werden können. Die Anleitungen sind der vierzehntägigen Computerzeitschrift entnommen, die sich durch leicht verständliche und didakti-

sche Kurse einen Namen gemacht hat. Die Dokumente sind im PDF-Format gespeichert und können mit dem Acrobat Reader sofort ausgedruckt oder auf die Festplatte gespeichert werden. Das PDF-Tool ist auf jeder CD enthalten. Mit Zusatz-Programmen (siehe Kasten rechts) lassen sich die Workshops sogar – in gewissen Grenzen – an den eigenen Unterricht anpassen. Drei Bearbeitungsschritte mit Adobe Acrobat sind unten erklärt.

Die Reihe „Digitale Arbeitsblätter“ sind bewusst praxisnah aufgebaut: Die Word-CD enthält beispielsweise 30 PDF-Workshops zu Themen wie Serienbrief, Format-Vorlagen oder Layout. Daneben bietet jede CD besondere Extras, wie die beliebte Rubrik von Dr. Know, der Hardware- und Software-Grundlagen einfach, und doch interessant erklärt.

Tools, die Sie brauchen

Alle Digitalen Arbeitsblätter können mit dem beiliegenden Acrobat Reader 5.1 geöffnet und ausgedruckt werden. Wenn Sie die Dokumente bearbeiten möchten, brauchen Sie zusätzliche Programme:

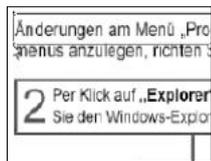
Adobe Acrobat

Dieses Programm kann PDF-Dokumente manipulieren, also Text und Grafik verändern. Adobe kündigt auf seiner Webseite www.adobe.de bereits Adobe 6.0 an, das regulär rund 650 Euro kosten wird. Weit günstiger sind Schulversionen, die etwa unter Tendi.de erhältlich sind.

Adobe Photoshop

Sie können auch die Bilder der Workshops verändern, und beispielsweise Pfeile oder Logos einfügen. Das geht allerdings nur in Zusammenarbeit mit Photoshop (1150 Euro, www.adobe.de), oder einem anderen Programm, das Bilddateien im PDF-Format lesen kann. Schulversionen unter www.cancom.de.

SO BEARBEITEN SIE PDF-WORKSHOPS MIT ADOBE ACROBAT 5.0



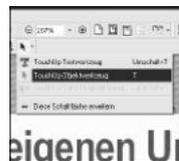
Text bearbeiten

Klicken Sie im Adobe Acrobat 5.0 in der Werkzeugleiste auf das Symbol „T“, um das „Touchup-Textwerkzeug“ zu aktivieren. Klicken Sie mit der Maus in eine beliebige Zeile, die von einem blauen Kasten eingerahmt wird. Hier können Sie neuen Text eintippen, oder auch die ganze Zeile per Drücken auf „Entf“ löschen.



Text einfärben

Aktivieren Sie zunächst in der Werkzeugleiste per Mausclick das „Touchup-Textwerkzeug“. Dann klicken Sie mit rechts in die gewünschte Zeile und wählen „Attribute“. Das Fenster „Textattribute“ öffnet sich. Markieren Sie das gewünschte Wort, klicken Sie auf den Farbeimer und wählen Sie eine Farbe aus.



Elemente verschieben

Klicken Sie in der Werkzeugleiste auf den kleinen Pfeil neben dem Symbol „T“ und wählen Sie das „Touchup-Objektwerkzeug“ aus. Um einen Textblock, ein Bild oder einen Pfeil zu verschieben, klicken Sie auf das gewünschte Objekt und ziehen es bei gedrückter linker Maustaste in Position. Zum löschen des Bilds „Entf“ drücken.

Ja, ich möchte Computer easy regelmäßig beziehen! Zusätzlich erhalte ich eine Gratis-CD meiner Wahl im Wert von 24,99 Euro.

Vorname/Name _____ Geburtsdatum _____

Straße/Nr. _____ PLZ/Ort _____

E-Mail _____ Telefon _____

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Bequem und bargeldlos per Bankeinzug Geldinstitut _____

Konto-Nr. _____ BLZ _____

per Rechnung

Einfach bestellen: per Telefon 0781/639 45 31
 per Fax 0781/639 45 27
 per E-Mail computer-easy@burdadirect.de
 per Post Computer easy Aboservice
 Postfach 227 • 77649 Offenburg

Ich möchte Computer easy regelmäßig zum Preis von Euro 2,30 pro Ausgabe für mindestens ein Jahr beziehen. Danach kann ich jederzeit beim Computer easy-Aboservice (Postfach 225, D-777649 Offenburg) kündigen. Mit Geld-zurück-Garantie für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Ausgaben. Die Auslieferung der Gratis-CD-ROM erfolgt sofort nach Zahlungseingang.

Datum _____ Unterschrift _____ 40647VLBLP



Exklusiv für VLB-Mitglieder:

VLB-Mitglieder erhalten bei Bestellung eines Computer easy-Jahresabos gratis eine CD-ROM ihrer Wahl im Wert von 24,99 Euro:

- Digitale Arbeitsblätter Word (0078)
- Digitale Arbeitsblätter Excel (0079)
- Digitale Arbeitsblätter Windows (0080)

- Kompakt, aktuell, unterrichtsnah
- Alle 14 Tage das Wichtigste für PC-Anwender!
- 32 Seiten Workshops zum Sammeln
- 16 Seiten vollgepackt mit Tipps & Tricks
- Schritt für Schritt-Anleitungen mit großen Abbildungen
- Alle wichtigen Begriffe erklärt
- Vergleichstests aktueller Hard- und Software
- Das Neueste aus der Online-Welt

Besucherzahlen VLB-Online:

Glaube keiner Statistik ...

JOHANNES MÜNCH

Seit dem Artikel zum Thema Web-Statistik ist nicht nur eine ganze Zeit vergangen, sondern die Internet-Welt hat sich verändert wie kein anderer Bereich unseres Lebens. Das Steckenpferd einiger sogenannter „Computerfreaks“ hat sich auch in Lehrerkreisen als universelles Informations- und Kommunikationsmedium rasant verbreitet. Dies spiegelt sich auch in der Zahl der Besucher des Internet-Angebots des VLB Bayern wider.

Besucher und Seiten

Während andere mit hunderttausenden von angeblichen Besuchern pro Tag aufwarten, gestalten sich die Zahlen des VLB doch noch bescheidener. Nichts desto trotz sind wir mit unserer Statistik zwar nicht zufrieden, aber uns durchaus bewusst, dass der VLB mit seinem Angebot die Interessenlage vieler Kolleginnen und Kollegen nicht nur in Bayern getroffen hat. Konkret besuchten im Zeitraum zwischen Juni 2002 und Mai 2003 75.304 Besucher VLB-Online. Spitzenreiter waren dabei mit 8.736 und 7.902 Besuchern die Monate März und April 2003. Dass Besucher und betrachtete Seiten nicht identisch sind, wird mit der Zahl von insgesamt 334.017 aufgerufenen Seiten, 564.531 geladenen Dateien, 878.650 Hits und eines Volumens von 3,39 Gigabyte durchaus vorstellbar. Dass dabei neben unseren Mitgliedern bundesweit Universitäten, zuständige Stellen, Großunternehmen und nicht zuletzt Besucher aus über 50 Ländern auf die Online-Ausgabe von VLB-akzente und die Unterrichts-Linksammlung zugreifen, rundet dieses positive Szenario ab. Zurückblickend stellt dies in den letzten zwei Jahren eine Zunahme um das 15-fache dar.

Visionen

Im Gegensatz zur „Gründerzeit“ nutzen zwischenzeitlich viele VLB-Aktive die Möglichkeit, im Internet Flagge zu

zeigen. Dies, verbunden mit der Tatsache, dass bisher die Angebote des Landesverbands den Informationsschwerpunkt bilden, gibt klar die Richtung vor, in die sich VLB-Online entwickeln muss. Der innovative Vorschlag des Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein, mittelfristig VLB-Online auf einem eigenen Server mit leistungsfähiger Internet-Anbindung zu regionalisieren, würde nicht nur die Möglichkeiten im bestehenden Rah-

men wesentlich verbessern, sondern vor allem auch den Bezirks-, Kreisverbänden, Fachgruppen, Vertrauensleuten und Personalräten eine ideale Plattform bieten, Informationen regionsbezogen, zeitnah und mit einer einheitlichen Corporate Identity zu veröffentlichen. So könnte die Nähe zum Mitglied weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus wäre auch eine effizientere Kommunikation zwischen den VLB-Aktiven nachhaltig gesichert.

An der konkreten Umsetzung wird bereits intensiv gearbeitet, so dass in nicht allzu langer Zeit mit einem noch attraktiverem VLB-Online zu rechnen ist. <

Monat	KBytes	Visits	Pages	Files	Hits
April 2003	447300	7902	27879	48266	71119
März 2003	419216	8736	33699	54654	83762
Feb. 2003	278836	7482	30002	52661	78061
Jan. 2003	286201	7730	33490	58617	84613
Dez. 2002	200567	5750	22994	41100	59745
Nov. 2002	340061	6933	31922	55637	87313
Okt. 2002	324450	7186	34581	59889	94355
Sept. 2002	255624	5985	32845	49144	85420
Aug 2002	203218	4900	25597	39688	66573
Juli 2002	240309	4892	27220	48078	77723
Juni 2002	184788	4893	23963	39717	65111
	3180570	72389	324192	547457	853795

Webimpresum

Regressansprüche, Unterlassungsklagen oder gar strafrechtliche Verfolgung: Das Internet birgt viele rechtliche Falltüren. Die Verbandsgeschäftsstelle weist darauf hin, dass zur Zeit eine Abmahnwelle rollt, die Internet-Anbieter und deren jeweiliges Web-Impresum betreffen können.

Außer rein privaten Websites müssen alle gewerblichen Anbieter die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtangaben machen, egal, ob die Webpräsenz dem E-Commerce oder der Selbstdarstellung dient. Bei fehlenden, unvollständigen oder nicht richtig angebrachten Angaben nach dem Teledienstegesetz (TDG) droht ein Bußgeld bis zu 50.000 Euro.

Unter der Internet-Adresse www.digi-info.de/webimpresum kann mit Hilfe eines „Assistenten“ kostenlos ein

Musterimpresum auf die jeweiligen Bedürfnisse zurechtgeschnitten werden. Der Assistent berücksichtigt alle Pflichtangaben nach dem TDG und dem so genannten „Vertrag über Mediendienste“ (MDStV). Der Gesetzgeber will mit dem TDG mehr Transparenz für den Verbraucher schaffen. Nach diesem Vertrag muss immer dann ein Verantwortlicher auf der Homepage genannt werden, wenn die Website Texte enthält, die zur Meinungsbildung beitragen. In jedem Fall gilt: Lieber eine Angabe zu viel als eine zu wenig.

Weitere gesetzliche Pflichtangaben, wie Angaben bei Online-Shops oder Fernunterrichtsangeboten, berücksichtigt der Webimpresum-Assistent nicht. Ferner bezieht sich das Musterimpresum nur auf Anbieter, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und der deutschen Rechtsordnung unterliegen. <

Landesverband

Arbeitskreis Pressearbeit setzt auf Bezirks- und Kreisverbände

Dem Aufruf von LV-Schriftführerin Barbara Dilberowic zur Gründung eines Arbeitskreises Pressearbeit im VLB folgten neben dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Klemens Brosig insgesamt 7 weitere interessierte Kollegen. Drei weitere hatten sich für den Termin entschuldigt. In ersten Sondierungsgesprächen wurden dabei Gründe für die Teilnahme ermittelt, Zielsetzungen des Kreises für die Publikationstätigkeit benannt und erste interne Aktivitäten ausgemacht. Um die verstärkte Präsenz und schnelle

Reaktion des Verbandes in den Medien auch in den einzelnen Bezirken zu optimieren, verständigten sich die Teilnehmer darauf, in allen Bezirksverbänden und dann nachrangig in den Kreisverbänden Pressesprecher zu installieren, das nötige „Handwerkzeug“ nach und nach bereit zu stellen bzw. zu entwickeln und die reibungslose Kommunikation zu ermöglichen.

Für den 28./29.07.03 ist deshalb ein erstes Presseseminar in Würzburg geplant, wozu die Pressereferenten und weitere Kollegen, die das Anliegen teilen, eingeladen sind. Sie können Kontakt aufnehmen unter b.dilberowic@t-online.de.



Trafen sich in Neusäß, um die Pressearbeit im Verband zu aktivieren, von links: Johannes Münch, Martin Ruf, Klemens M. Brosig, Herbert Geiger, Martin Reith, Barbara Dilberowic, Jürgen Wunderlich, Gerhard Sackmann und Hans Huber.

Bezirks- und Kreisverbände

BV Unterfranken

„Wer lehrt, der prüft!“ – VLB im Gespräch mit IHK

Die Problemlage

Nicht nur in Unterfranken sind Kammern und die Berufsschule gehalten, im Sinne der dualen Ausbildung zusammen zu arbeiten. Dabei entstehen zwangsläufig Differenzen in der Betrachtungsweise der anstehenden Auf-

gaben, die jedoch jahrzehntelang immer wieder zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst wurden. Gerade im Zuge der Umgestaltung des beruflichen Bildungswesens, sowohl im Didaktischen durch die angestrebte Lernfeldorientierung als auch im Wandel der Organisationsstruktur beruflicher Schulen hin zu Kompetenzzentren, verschärfen sich die bisher schon vorhandenen Probleme. Kritikpunkte seitens des VLB und der Kol-

legen entstammen in erster Linie der Verfahrensweise bei der Beteiligung an Kammerprüfungen, speziell seit der Einführung von LUZ. Der Bezirksvorstand hatte immer wieder, zuletzt auch mehrfach bei den jährlichen Gesprächen mit der Bezirksregierung, darauf hingewiesen, dass die Belastung der Kollegen nicht mehr tragbar sei. Dort hatte man auf das eigene Nichtzuständigsein für zeitliche Entlastung der Kollegen in dieser Angelegenheit hingewiesen, gleichwohl aber das „dienstliche Interesse“ an einer Prüfungsbeteiligung hervor gehoben und den Vergleich mit ehrenamtlicher Schöffentätigkeit bemüht, welche finanziell auch nur gering honoriert werde. Dieser Vergleich hinkt jedoch, da Schöffen die Zeit ihrer Abwesenheit vom Betrieb nicht als zusätzliche Arbeitszeit einbringen müssen. Für Lehrer mit Abschlussklassen waren in der „Vor-LUZ-Ära“ wenigstens die nach der Prüfung ausfallenden Unterrichtsstunden gegen gerechnet worden. Jetzt aber muss die Arbeitszeit schulintern vorgeholt werden – aus der Sicht des Dienstherrn ein durchaus nachvollziehbares Anliegen. Da jedoch die Rahmenbedingungen der Lehrerbeteiligung an Prüfungen nicht derart geändert wurden, dass der Ausgleich anderweitig stattfindet, macht sich bei den Betroffenen zu Recht Unmut breit.

Austausch und Kritik sind die Basis der Weiterentwicklung

Beim Treffen der Regionalvertretungen der beiden dualen Partner in den Räumen der IHK Würzburg-Schweinfurt wurde diese Situation von IHK-Geschäftsführer Jürgen Bode und dem Leiter der Berufsausbildung Hans Dengel als Faktum anerkannt. Die IHK-Vertreter wiesen ergänzend zu der Einführung von LUZ auch auf den Tatbestand hin, dass das Kultusministerium die gemeinsame koordinierte Abschlussprüfung mit der Änderung der BSO aufgegeben hätte. BV-Schatzmeister Christoph Stumpf beklagte außerdem eine sich abzeichnende Zuspitzung, wenn – wie in Elektroberufen geplant – 2 Prüfungsvarianten zu bearbeiten seien. Auch die noch

weiter „anhaltende Mitbetreuung von externen Prüflingen ist unter diesen Rahmenbedingungen nicht akzeptabel“. Die Problemlage zeichnet sich also deutlich ab, doch nach der Aussprache scheinen die Lösungsmöglichkeiten – zumindest vor Ort – sehr bescheiden zu sein. Dem baden-württembergischen Modell (vom KuMi zusammen gestellte Prüfungskommissionen, offene Prüfungen, enge lokale Kooperation spezialisierter Schulen und Betriebe für bestimmte Berufe) steht Jürgen Bode offen gegenüber. Allerdings verdichten sich die Anzeichen, dass dieser Vorschlag vom Kultusministerium nicht finanzierbar sei.

Die Nachfrage der Verbandsvertreter nach einem konkreten Modell, „das Sie mittragen würden“, beantwortete Bode mit der nachrichtlichen Übernahme der Gesamtnote aus dem Berufsschulzeugnis. Von Seiten des VLB wird demgegenüber die Übernahme der Berufsschulnoten des letzten Schuljahres mit entsprechender Gewichtung ins Berufsabschlusszeugnis favorisiert. Daneben wird eine angemessene „Mehrarbeitsvergütung“ der prüfenden Kollegen gefordert.

Die Prüfungsinhalte der Metall- und Elektroberufe im Fach Wirtschafts- und Sozialkunde sind nach Christoph Stumpfs Erfahrung ein anhaltender Anlass zur Kritik. Im Unterschied zu den Anforderungen des Rahmenlehrplanes seien zu viele, v. a. aber zu spezielle Fragen aus dem Bereich des Arbeitsrechtes vertreten. Durch die Arbeitnehmervertreter würde bei der Prüfungserstellung nachweislich ein zu starkes Gewicht auf diesen speziellen Themenbereich gelegt. Hans Dengel räumte ein, dass die Prüfungsfragen zum Teil sehr anspruchsvoll, aber rechtlich durch den Ausbildungsrahmenplan abgedeckt seien.

Zum Schluss des Treffens kamen noch zwei Themen zur Sprache, über die weitgehende Einigkeit bestand, z. B. bei Schwierigkeiten, die sich aus den neu eingeführten Prüfungen nach den „lernfeldorientierten Lehrplänen“ ergeben. Auf beiden Seiten war man sich einig, dass sich die Lernfelder nicht in allen Fällen mit den Prüfungsfächern decken und bezweifel-

Wolfgang Lambl eingerahmt von den IHK-Vertretern Jürgen Bode und Hans Dengel (2. von links und von rechts) und seinen VLB-Bezirksvorstandsmitgliedern Christoph Stumpf und Gereon Rempe nach fruchtbarem Gedankenaustausch über die Zusammenarbeit bei der Berufsausbildung.



ten die langfristige Validität von derart gewonnenen Zeugnissen, deren Basis schon nach wenigen Jahren möglicherweise für einstellende Unternehmen nicht mehr aussagekräftig genug sein könnten.

Die Umstrukturierung der unterfränkischen Berufsschullandschaft im Zuge der Errichtung von Kompetenzzentren wurde von beiden Seiten als „prinzipiell“ richtig angesehen, wenn dadurch ein optimaler Lehrer- und Ressourceneinsatz ermöglicht wird. Der lange Zeitraum zur Umsetzung der Reform wurde von Jürgen Bode als nicht zweckmäßig kritisiert, nicht zuletzt auch unter unternehmerischen Gesichtspunkten. Auch wurden Zweifel an der Brauchbarkeit der verwendeten statistischen Daten für den Zeitraum der Bildung von Kompetenzzentren erhoben. Der Name dieser Maßnahme ist jedoch irreführend, so Wolfgang Lambl. Strukturreform würde besser passen, weil für den VLB jener Begriff mit einer anderen Qualität der Organisation von beruflichen Schulen belegt ist. Trotz zeitweise stark differierender Standpunkte und deutlicher Worte von beiden Seiten wurde die offene Aussprache als sehr hilfreich für die Lösung der anstehenden Probleme angesehen. Persönliche Ressentiments seien nicht vorhanden, doch müssten angesichts der schwierigen Situation alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Um längst überfällige Verbesserungen herbei zu führen zur Abwehr zunehmender Belastung der Lehrer und somit letztendlich zum Hauptziel einer gelingenden Ausbildung unserer Jugend auch in der Zukunft.

Herbert Geiger/Wolfgang Lambl

BV Mittelfranken

Informationsveranstaltungen für Personalräte stoßen auf großes Interesse.

Sicher war es nicht nur die schöne Oberpfalz und ein für das Vorhaben ideales Landhotel, dass auch zur fünften Grundlagenschulung für Personalräte vom 20. bis 21. Februar in Lengenfeld/Velburg wieder etwa 25 Teilnehmer kamen. Es liegt wohl eher an der Erkenntnis, dass eine gute Personalratsarbeit an der Schule nicht ohne ein fundiertes Wissen möglich ist.

Die Referenten Martin Stumpf, Horst Hackel, Ingrid Heckner und Horst Lochner bemühten sich, einen umfassenden Einblick in die Aufgaben und Möglichkeiten des örtlichen Personalrats zu geben. Die Themen umfassten die Bereiche Amts- und Dienstaufpflicht, Geschäftsführung des Personalrats, Beteiligungsrechte, Rechtsstellung des Personalrats und allgemeine Aufgaben des Personalrats. Aufgelockert durch viele Fragen der Teilnehmer konnten diese Bereiche anschaulich behandelt werden.

Eine Leitlinie der Veranstaltung war sicher die durchgängige Aufforderung mit den Schulleitern das Gespräch zu suchen. Neben dem eng begrenzten Bereich der direkten Mitbestimmung gibt es einen großen Bereich der förmlichen und nicht-förmlichen Mitwirkung, bei der es im Interesse der ganzen Schule sein muss, dass hierzu ein intensiver Meinungsaustausch zwischen Schulleitung und Personalrat stattfindet. Es ist nicht nur eine Phrase, dass gemeinsam mehr erreicht werden kann. Gerade in Zeiten

der inneren Schulentwicklung muss von beiden Seiten der Mut zur Diskussion eingefordert werden. Die Teilnehmer der Tagung in Lengsfeld werden diese Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit im Interesse der Schule sicher in ihre Personalarbeit einfließen lassen.

Horst Lochner

KV Nordschwaben

Theo Waigel zu Gast bei der Kreisversammlung

Es mussten noch weitere Stühle geholt werden: Der Andrang zur Kreisversammlung Nordschwaben April war besonders groß, was jedoch nicht anders zu erwarten war, denn mit dem berühmten Kloster Roggenburg als Veranstaltungsort und dem ehemaligen Finanzminister Dr. Theo Waigel als Referenten war ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder vorhersehbar.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Alois Rothermel sowie den Leiter des Klosters, Pater Roman, konnten diese dem Kassenbericht von Helmut Strasser und den Ausführungen des stellvertretenden Landesvorsitzenden Klemens M. Brosig zu den aktuellen Entwicklungen folgen, bis letztere durch das Erscheinen des Hauptreferenten unterbrochen wurden. Theo Waigel, der sich selbst nicht zu den „resozialisierungsunfähigen Ex-Politikern“ zählt, die nur daheim herumsitzen oder ihre ehemaligen Wirkungsstätten „umkreisen“, hatte sich als Nachbar des Kreisvorsitzenden für ein Referat gewinnen lassen, zumal Kloster Roggenburg in der Mitte seines früheren Wahlkreises liegt und Theo Waigel maßgeblich an dessen Wiederherstellung beteiligt war.

So schilderte er zunächst auch den Werdegang des Klosters hin zum Zentrum für Familie, Umwelt und Kultur bevor er sich seinem eigentlichen Thema, nämlich Europa und dessen gemeinsamer Währung zuwandte. Gewürzt mit amüsanten Anekdoten spannte Dr. Waigel dabei den Bogen von den Ursprüngen des europäischen



KV-Vorsitzender Alois Rothermel bedankt sich bei Dr. Theo Waigel.

Gedankens bis zu den derzeitigen Entwicklungen, um seinen kurzweiligen Vortrag mit einem Zitat von Ernst Jünger zu schließen: „Es ist besser in der Zuversicht als in der Angst zu leben“.

Als Nachfolger für Josef Kraft, der infolge eines Schulortwechsels nun dem KV Allgäu angehört, wurde anschließend Franz Leopold einstimmig als stellvertretender Kreisvorsitzender gewählt. Eine exquisite Bewirtung und eine äußerst informative Klosterführung rundeten die in jeder Hinsicht gelungene Veranstaltung ab und boten eine schöne Einstimmung auf die Osterferien.

Bernd Urban

Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm gratuliert Hans Diersch für die langjährige Treue zum VLB. Daneben KV-Vorsitzender Pankraz Männlein.



KV Bamberg-Forchheim

Sparmaßnahmen finden kein Ende

Zu ihrer Jahresversammlung trafen sich die Mitglieder des Kreisverbandes im Hotel Göller in Hirschaid. Bevor VLB-Dienstrechtsreferent Manfred Greubel über beschlossene Streichungen und Kürzungen, die insbesondere die Lehrkräfte betreffen, referierte, ehrte die oberfränkische Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm zusammen mit dem Kreisvorsitzenden, Pankraz Männlein, langjährige Mitglieder. Dies waren Hans Diersch für 50 Jahre sowie Robert Weiß für 40 Jahre Verbandsmitgliedschaft. Robert Weiß war im VLB Bezirks- sowie Kreisschriftführer und gehörte der Fachgruppe Metall- und Fahrzeugtechnik an. Auch Siegmund Walter, der lange Zeit Bezirksvorsitzender im damaligen VBB war und den Berufsschultag in Bamberg erstmals organisiert hat, wird in diesem Zusammenhang ein Präsent überreicht.

Im Anschluss an die Ehrungen ging Manfred Greubel in seinem Hauptreferat auf die auf Bundes- und Landesebene durchgesetzten Sparmaßnahmen ein, die in VLB-akzente an anderer Stelle hinreichend thematisiert sind.

Themenschwerpunkte waren diesmal:

- Verlagerung der Regelungskompetenz beim Urlaubsgeld und bei der jährlichen Sonderzuwendung
- zeit- und inhaltsgleichen Anpassungen

sung von Besoldung und Versorgung 2002/2003 und der Erlass einer Verfügung zur Leistung von Abschlagsauszahlungen

- bayerischen Streichliste: Altersteilzeit, AZV-Tage, Leistungsstufenregelung, Beihilferegulungen/ Wahlleistungen bei Krankenhausaufenthalt

Im Anschluss an den Vortrag wurden in reger Diskussion einige Kernprobleme aufgegriffen und vertieft. Darüber hinaus stand Greubel auch für weitere Fragen und Probleme der Mitglieder Rede und Antwort. Die Veranstaltung endete mit einem gemütlichen Beisammensein sowie gemeinsamen Abendessen. *Bernd Krügel*

KV Donau-Wald

Kreisversammlung mit Ingrid Heckner

Der Direkteinstieg von Bewerbern in den Schuldienst, das so genannte „Trainee-Programm 2002/03“ und die neuerlichen Sparpläne für Beamte in Bayern sorgten für große Unruhe bei der jüngsten Kreisversammlung im Gasthaus Moosburner auf dem Bogenberg. Kreisvorsitzender Wilhelm Stelzl konnte neben der Hauptreferentin, stellvertr. Landesvorsitzende Ingrid Heckner, auch den Bezirksvorsitzenden Rudolf Puryear und die beiden Straubinger Schulleiter Franz Häring (BS I und III) und Udo Hartthaler (BS II) nebst einer ganzen Reihe von Pensionisten begrüßen.

Viel Staub habe die Sondermaßnahme des KM für das Schuljahr 2002/03 mit der Möglichkeit des Quereinstieges für Diplomingenieure bzw. Diplomkaufleute gerade im KV Donau-Wald ausgelöst mit der Konsequenz, dass einige Mitglieder ausgetreten sind, stellte Stelzl zu Beginn seiner Ausführungen fest. Das Ganze sei durch die von vielen Faktoren bedingte Lehrerknappheit an den Berufsschulen ausgelöst worden. Durch den Entschließungsantrag Nr. 3, der „die generelle Abschaffung von Trainee-Maßnahmen“ fordert, im vergangenen Herbst beim Berufsbildungskon-

Ingrid Heckner eingearahmt von Werner Kiese, Rudolf Puryear und Wilhelm Stelzl.



gress in Passau verabschiedet, sei jetzt wieder Ruhe im Kreisverband eingekehrt, führte Stelzl weiter aus. Für das kommende Schuljahr 2003/04 gäbe es zwar eine weitere Sondermaßnahme für die Bereiche Metall und Elektro. Es würden 50 Diplomingenieure gesucht, die allerdings bei Einstellung den normalen Vorbereitungsdienst durchlaufen müssten.

Ein echt brennendes Problem, fuhr er, sei der durch das Pleiteland Berlin ausgelöste Beschluss des Bundesrates, den Ländern die Zuständigkeit für das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu überlassen. Schon die „Streich-Giftliste“ vom Dezember 2002 habe massive Verschlechterungen beinhaltet, die erst verdaut werden müssten. „Die erneuten Überlegungen der Staatskanzlei bezüglich der Verschiebung der Besoldungsanpassung für Beamte, Kürzung des Weihnachtsgeldes und Streichung des Urlaubsgeldes können wir so nicht hinnehmen“, so Stelzl weiter. Zu diesem Zweck wurde vom Kreisverband eine Resolution verabschiedet, gerichtet an Staatsminister Erwin Huber und unterschrieben von knapp 150 Lehrkräften aus den beruflichen Schulen in Straubing und Deggendorf, die auf eine systemkonforme und zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich ziele.

Selbstverständlich sei es das gute Recht der Lehrer, sich zu wehren, begann Ingrid Heckner ihr anschließendes Referat. „Das A und O bei allen Beschäftigten muss die Gleichbehandlung sein“. Auf den Nachwuchsmangel bei der Lehrerschaft an den Berufsschulen eingehend, verwies sie auf zwei Probleme. Zum einen gäbe es bei der Zuweisung von Lehrern durch das

KM Jahr für Jahr erneut ein Gerangel. „Zur Zeit erheben die Fachoberschulen die Forderung nach einem erhöhten Bedarf, da hier die Schülerzahlen in ungeahnte Höhen schnellen“. Zum anderen müsse die hervorragende Qualität des Berufsschulunterrichtes viel mehr ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden, betonte sie weiter. Beispielweise könnte durch die öffentliche Vorstellung von Projekten vor Ort das Image der Berufsschule positiv hervorgehoben und somit das Interesse junger Leute auf die beruflichen Schulen gelenkt werden.

Nach einer eingehenden Diskussion mit der Referentin klang die gut besuchte Veranstaltung bei einer gemeinsamen bayerischen Brotzeit aus.

Wilhelm Stelzl

KV Mittelfranken-Nord

Die drei Streifen aus Franken

Dem Kreisverband Mittelfranken-Nord war es in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsschule im Röthelheimpark in Erlangen gelungen, den Vorstandsvorsitzenden der adidas-Salomon-AG für einen Vortrag an der Wirtschaftsschule zu gewinnen. Topmanager Herbert Hainer hatte interessantes Anschauungsmaterial mitgebracht: Einige Muster der neuesten Sportschuhe, die „adidas clima cool 360 Grad ventiliert“, sowie den Original-Schuh von Basketball-Star Tracy McGrady in Größe 53, die, allesamt neugierig beäugt, die Runde in der Aula der Wirtschaftsschule machten. Dabei referierte der Vorstandsvorsit-



Zwei Mitglieder des Kreisvorsitzenden zusammen mit dem Referenten: von links: Gerald Wölfel (Schriftführer), Herbert Hainer (Vorstandsvorsitzender der adidas-Salomon-AG) und Gerhard Thaler (Kreisvorsitzender).

zende über die Vergangenheit ebenso wie über die Strategien der Zukunft. 1928 hatte Jesse Owens in Dassler-Schuhen vier Goldmedaillen gewonnen, doch 1949 saß „adidas links der Aurach und Puma rechts der Aurach“, weil sich die beiden Brüder zerstritten hatten.

Der zweitgrößte Sportartikelhersteller der Welt – der größte ist Nike – ist in (fast) allen Ländern der Welt vertreten. Mit 1700 Beschäftigten in Herzogenaurach und einem Durchschnittsalter von 31 Jahren arbeitet der „Global Player“ höchst effizient.

In den letzten Jahren hat man bewusst die Hierarchien abgebaut, die drei deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich und Schweiz zusammengefasst sowie die Vorlaufzeiten für den Markt um 50 Prozent verkürzt. Waren früher 18 Monate von der Produktidee bis zur Handelseinführung vergangen, schafft man es nun in 9 Monaten.

Die weiteren Ziele legte der Vorstandsvorsitzende klar offen: In den USA will adidas einen Marktanteil von 30 Prozent erreichen – dabei aber auch den wichtigen asiatischen Markt nicht aus den Augen lassen.

In den vergangenen 2 Jahren schnitt die adidas-Salomon-Aktie von allen Dax-Werten am besten ab. Gerade deshalb sind wir sehr froh, dass wir Herbert Hainer für den wirklich sehr interessanten und kurzweiligen Vortrag gewinnen konnten. *Gerald Wölfel*

KV Oberpfalz-Nord

Einblicke in erfolgreiche Unternehmen: Krones und BMW

Der Kreisverband besuchte die beiden Unternehmen Krones AG und BMW Group AG in Regensburg, um einen Einblick in Betriebsabläufe und aktuelle Neuerungen zu bekommen. Schließlich sind gerade die Berufsschulen Partner im dualen Ausbildungssystem und übernehmen gemeinsam mit den Unternehmen die berufliche Erstausbildung. An der Informationsfahrt nach Regensburg nahmen trotz Ferientermin nahezu 50 interessierte Lehrkräfte der beruflichen Schulen der nördlichen Oberpfalz teil.

Kreisvorsitzender Michael Bäuml hatte hierzu ein Programm organisiert, dass jeweils 25 Mitgliedern alternativ eine mehrstündige Werksbesichtigung bei den beiden Unternehmen ermöglichte. Zu dieser Veranstaltung durfte er auch Ltd. RSD Karlheinz Kirchberger begrüßen.

Andreas Hollnberger von Krones gab den Teilnehmern einen Überblick

über die vielschichtigen Unternehmensfelder der Krones AG als erfolgreicher Hersteller, vor allem im Bereich der Anlagentechnik von Abfüll- und Verpackungsmaschinen. Die Lehrkräfte waren von der Fertigungstiefe erstaunt, die vielleicht neben dem hervorragenden Management zum großen Plus des mittlerweile weltweit agierenden Traditionsunternehmens gehört. Der Jahresumsatz des Unternehmens beläuft sich auf rund 1.300 Mio. Euro. Selbst in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage erwirtschaftete man einen gesteigerten Gewinn von mehr als 57 Mio. Euro. Insgesamt beschäftigt der Konzern über 8.300 Mitarbeiter. Deutlich wurde auch, dass der Ausbildung hohen Stellenwert beigemessen wird, sowohl im kaufmännischen als auch gewerblich-technischen Bereich. Auch die Lehrwerkstatt am Standort in Neutraubling war Gegenstand der Werksführung. Derzeit beschäftigt man ca. 280 Auszubildende in der Oberpfalz.

Bei der BMW Group AG erhielten die Lehrkräfte einen Einblick in die Fertigungsprozesse und den Produktionsablauf. Mit dem Erfolg der 3er Reihe in den 80er Jahren wurden die BMW Fertigungskapazitäten erweitert. 1982 fiel nach einem umfangreichen Auswahlverfahren die Entscheidung für Regensburg. Das Werk Regensburg nahm die Produktion von Automobilen für den Weltmarkt 1986 zunächst mit einer Montagehalle auf. Bis 1990 wurden die Lackiererei und die Fertigungsanlagen für den Karosserierohbau fertiggestellt. 1997 wurde das Presswerk errichtet. Mehr als ins-

Einblick bei Krones ...



... und bei BMW.



gesamt 9 500 Mitarbeiter sorgen dafür, dass täglich rund 800 BMW Automobile in vier Varianten der 3er Reihe – touring, Coupé, Cabrio, Limousine sowie exklusive M3 Modelle und Allradvarianten – vom Band laufen. 3er touring, Coupé und Cabrio werden ausschließlich in Regensburg gefertigt. Ab 2004 wird in Regensburg neben der BMW 3er Reihe die geplante BMW 1er Reihe gefertigt.

Das Presswerk liefert außerdem Karosserieteile für die Produktion der

3er Reihe an die Fahrzeugwerke der BMW Group in Dingolfing und Rosslyn, Südafrika.

Nach dem Wissensdurst mit vielfältigen Eindrücken, die sicherlich auch wieder den Schülern zugute kommen, kehrte man anschließend in einem weiteren Wirtschaftsbetrieb ein, der Brauereigaststätte Kneitinger, um im Rahmen eines geselligen Beisammenseins die Informationsfahrt mit einem abschließendem Erfahrungsaustausch zu beenden. *Michael Bäumler*

ders darin, eine erste Anlaufstelle für alle Fragen und Anliegen der Studienreferendare in Bayern zu sein. Die entsprechenden Kontaktadressen lauten: vlb@barmetler.de bzw. engelbert.wiedemann@freenet.de

Zu letzt tauschten die Teilnehmer noch ihre Erfahrungen während des Referendariats aus. Besonders interessant waren dabei die Berichte aus den jeweils anderen Studienseminaren. So stellte sich schnell heraus, dass es neben vielen gemeinsamen Interessen auch regional spezifische Anliegen gibt, die jeweils eine individuelle Lösung erfordern. Der Erfahrungsaustausch setzte sich in lebhaften Gesprächen auch über das gemeinsame Abendessen hinweg fort.



Engelbert Wiedemann



Thomas Barmetler

austausch setzte sich in lebhaften Gesprächen auch über das gemeinsame Abendessen hinweg fort.

Der Samstagfrüh gehört traditionsgemäß der Podiumsdiskussion mit MR Adolf Tengg, im Kultusministerium u.a. zuständig für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, Heiko Pohlmann, VLB-Referent für Lehrerbildung und Studienseminarvorstand in Südbayern sowie dem stellvertr. VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler und

Referendare und Studenten

Referendartreffen in Würzburg: Stabwechsel

Mitte März war es wieder so weit: Auf Einladung des VLB fand das schon traditionelle Wochenendseminar für Studienreferendare in Würzburg statt. VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein sowie die beiden noch amtierenden Referendarsprecher Martin Reith und Stephan Steigenberger begrüßten den VLB-Berufsnachwuchs. Gemeinsam stellten sie den VLB als die Organisation vor, in der die berufsständischen Angelegenheiten der Lehrer an beruflichen Schulen bestens aufgehoben sind. Anschließend erläuterten sie noch einige Ergebnisse des letztjährigen Berufsbildungskongress in Passau, die insbesondere die Referendare betrafen. U. a. führten sie an, dass Anstrengungen zu unternehmen sind, die Attraktivität des Lehramtsstudiums einhergehend mit einer generellen Verbesserung des Lehrerberufes

zu erhöhen oder dass Referendare bereits im Referendariat an Fortbildungsveranstaltungen in Dillingen teilnehmen dürfen. Für die Referendare wohl eine der wichtigsten Forderungen ist eine Erhöhung der Anwärterbezüge, die der VLB vehement einfordert.

Nachdem der Nachwuchs über die Aufgaben der Referendarsprecher aufgeklärt war, wurde gewählt. Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: Referendarsprecher:

- kaufmännischer Bereich: Engelbert Wiedemann
- gewerblicher Bereich: Thomas Barmetler
- Vertreter: Christine Seidel und Martin Lang

Die scheidenden Referendarsprecher wünschten ihren Nachfolgern viel Erfolg, aber auch ein großes Maß an aktiver Mitarbeit, wenn es um die Belange des Lehrernachwuchses im VLB geht.

Die beiden neuen Vertreter sehen ihre Aufgabe, wie sie betonten, beson-

Peter Lindacher, Seminarlehrer II; die Moderation übernahm Hermann Sauerwein.

Aus der Vielfalt der Themen, die teilweise auch ganz persönliche Anliegen beinhalteten, seien die nachfolgenden schwerpunktmäßig herausgehoben:

Werden die Anwärterbezüge in absehbarer Zeit angehoben? MR Tengg führte dazu aus, dass es auf Grund eines Landtagsbeschlusses derzeit nicht mehr Geld und auch keine Möglichkeit gebe, wie von den Referendaren nachgefragt, evtl. vom Staat einen zinslosen/zinsgünstigen Kredit zur Finanzierung des Lebensunterhaltes während des Referendariats zu erhalten. Über andere Möglichkeiten, z. B. einer Umzugskostenerstattung oder Unfallversicherung könne er im Moment keine Auskunft geben, so Tengg weiter, er werde sich aber entsprechend erkundigen und die Informationen an Heiko Pohlmann zur Weiterleitung geben.

Besonders kritisch werden von den grundständig das Lehramt Studierten die Sondermaßnahmen und die Trainees gesehen. Auf die Frage, ob es diese weiterhin geben werde, antwortete Tengg: „Sondermaßnahmen im Bereich Elektro und Metall ja – Trainees nein.“

Die Intentionen des MV AQUA stellte Heiko Pohlmann vor und erläuterte, dass die grundlegenden Inhalte denen des Referendariats entsprechen. Aber: „Aqua ist ein einmaliger Modellversuch. Welche Lehren daraus gezogen werden, ergibt erst die Auswertung der wissenschaftlichen Begleituntersuchung durch die TU“, ergänzte MDR Tengg

Zu den Einstellungsaussichten befragt, antwortete Tengg: „Jeder der das Referendariat durchläuft und die notwendigen Noten erreicht, wird nach heutigem Kenntnisstand eine Planstelle erhalten.“ Probleme könne es evtl. in den Bereichen Bau, Sozialpädagogik und Agrartechnik geben, jedoch fänden diese Absolventen bei privaten Bildungsträgern eine Anstellung.

Breiten Raum nahm erfahrungsgemäß wieder die Diskussion um die Be-

reiche Notenbildung, inhaltliche Ausgestaltung des Referendariats und Versetzung im 2. Jahr ein. Pohlmann und Tengg konnten alle aufkommen- den Fragen zufriedenstellend beantworten, wohlwissend, dass dann doch die ein oder andere unbefriedigende Antwort dabei war. Auf jeden Fall ist der VLB für alle anstehenden Fragen über den Arbeitskreis Lehrerbildung, dem Referenten für Lehrerbildung Heiko Pohlmann oder über die Referendarvertreter ein kompetenter Ansprechpartner, der sich dieser Anliegen verlässlich annimmt. Sollte es einmal dringend sein, so sei jederzeit ein Anruf bei ihm möglich, sicherte MR Tengg den Referendaren zu.

Besonders für die neu gewählten Referendarvertreter ergaben sich aus

dieser Diskussion erste Ansatzpunkte für ihre zukünftige Arbeit. Diese könne jedoch nur dann erfolgreich sein, betonten sie, wenn aus den Reihen der Studienreferendare die Anliegen an sie herangetragen würden.

Dank ist an dieser Stelle MR Adolf Tengg zu sagen, der sich jedes Mal für den VLB die Zeit nimmt, um mit dem Berufsnachwuchs über die aktuellen Probleme zu diskutieren und so die Gelegenheit hat, ein entsprechendes Stimmungsbild von der Basis mit in das Kultusministerium zu nehmen.

Martin Ruf in Zusammenarbeit mit Thomas Barmetler / Engelbert Wiedemann

Eine starke Gemeinschaft mit innovativen Ideen:

VLB-Studentensymposium in Würzburg

In der Tradition der alljährlich wiederkehrenden studentischen Versammlungen wurde auch in diesem Jahr zum VLB-Studentensymposium nach Würzburg geladen. Doch schon im Vorfeld blieb es dem VLB-Vorstand nicht verborgen, dass seit kurzem ein neuer Wind in der Riege der Studentensprecher weht. Im Januar dieses Jahres ist Thomas Hofmann kommissarisch für die Wirtschaftspädagogen ins Team der Studentensprecher gestoßen und hat Kerstin Schwarz, die leider krankheitsbedingt ihr Amt nicht mehr wahrnehmen konnte, als Studentensprecher abgelöst. Wir möchten an dieser Stelle Kerstin Schwarz beste Wünsche mit auf Ihren weiteren Weg geben und uns für ihr Engagement in den vergangenen Jahren bedanken.

Besonderer Dank gilt auch dem VLB-Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein, der uns zur Ausrichtung des Symposiums in die wunderschöne fränkische Stadt Würzburg eingeladen und die Räumlichkeiten der Franz-Oberthür-Schule als Tagungs- ort zur Verfügung gestellt hat.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den VLB-Vorsitzenden konnten wir sehr schnell zum arbeitsintensiven Teil übergehen. In Kleingruppen diskutierten wir Probleme im Studium und Möglichkeiten, wie der VLB hier Hilfestellung leisten könnte. Intensiv und kontrovers wurde vor allem in den wirtschaftspädagogischen Gruppen diskutiert, da hier Studenten aus Bamberg, Nürnberg und München mit unterschiedlichsten Problemen zusammenkamen.

Zu einen der Highlights an diesem Tag gehörte der Vortrag von Dipl. Päd. Susanne Scheja (Universität Bamberg) zum Thema „Lernmotivation und motivationsfördernde Bedingungen“, der von den Studenten mit großem Interesse verfolgt und im Kontext der Lehr-Lern-Motivation diskutiert wurde.

Der offizielle Teil des Tages schloss schließlich mit einem gemeinsamen Abendessen im griechischen Gasthaus „Olympia“, in dem es in gemütlicher Runde möglich war, Kontakte zwischen den Teilnehmern zu knüpf-

fen. Den Abschluss des ersten Symposiumstages bildete eine einstündige Nachwächterführung durch Würzburg, die den Teilnehmern einen kulturellen Blick auf Würzburg und seine Geschichte ermöglichte.

Der zweite Tag des Studentensymposiums wurde durch einen Vortrag von Peter Wiedmann (VKV) zum Themenkomplex „Versicherungen“ eröffnet, der von Teilnehmern interessiert aufgenommen wurde. Für Rückfragen und Auskünfte stehe er in Zusammenarbeit mit dem VLB-Versicherungsbeauftragten Helmut Lang jederzeit gerne zur Verfügung, versicherte Wiedmann den angehenden Lehrkräften.

Im Anschluss daran erfolgte die Wahl des gewerblich-technischen und kaufmännischen Studentensprechers. Stefan Weinzierl wurde dabei einstimmig in seinem Amt als Studentensprecher für den gewerblich-technischen Bereich bestätigt. Zudem hat er sich einen Vertreter, Oliver Nowoiski, ins Boot geholt, um mit ihm zusammen den Verband gegenüber den Studenten noch besser vertreten zu können und einen steten Kommunikationsfluss zum VLB zu gewährleisten. Für den kaufmännischen Bereich wurde Thomas Hofmann in sein Amt gewählt. Ihm zur Seite steht Sonja Bätz als stellvertretende Studentensprecherin.

Den Abschluss des Tages bildete schließlich die Präsentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und eine Podiumsdiskussion mit Hermann Sauerwein (VLB), Hans Käfler (VLB), Heiko Pohlmann (VLB-Referent für Lehrerbildung) und MR Adolf Tengg als Ansprechpartner des Kultusministeriums, die die zahlreich vorgetragene Probleme und Wünsche mit den Teilnehmern diskutierten. Adolf Tengg stand dabei erwartungsgemäß verstärkt im Zentrum der Befragungen.

Themenkomplexe waren dabei unter anderem:

Inhalte des Studiums

So beklagten sich die StudentInnen über zu wenig didaktische und methodische Inhalte, fehlenden Praxisbezug



VLB Landesvorsitzender Hermann Sauerwein gratuliert den gewählten Studentenvertretern, von links: Oliver Nowoiski, Sonja Bätz, Stefan Weinzierl und Thomas Hofmann. Sitzend: Heiko Pohlmann und Adolf Tengg.

und darüber, dass es an speziellen Vorlesungen für angehende Lehrermangelle. Besonders betroffen fühlen sich dabei die Studenten der LMU, die schon viel zu lange auf eine Wiederbesetzung des WiPäd-Lehrstuhl warten. Die Forderung nach mehr Praxisorientierung tauchte auch bei den gewerblich-technischen Studenten auf. Man war sich allerdings einig, die Veränderungen im Bereich Pädagogik, die verpflichtend zum kommenden Wintersemester für die Studenten eingeführt werden, abzuwarten.

Ebenso wurden die an der TU auftauchenden Probleme, die mit der Dislokation einhergehen, angesprochen. Da sich das Verkehrsproblem auf längere Sicht nicht verbessern lassen wird, kam von studentischer Seite die Anregung, die Planung der Vorlesungen so zu koordinieren, dass Vorlesungen geblockt an einem Vorlesungsort stattfinden, so dass es zu weniger Überschneidungen mit Kursen an anderen Studienorten in München kommt.

Soweit es in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums falle, sagte Tengg zu, hier entsprechend positiv einzuwirken. Allerdings seien seinem Hause zum Teil die Hände gebunden, weil sich die Einwirkungsmöglichkeiten gerade im Diplomstudiengang Wirtschaftspädagogik beschränken. „Wir machen unseren Einfluss geltend und werden versuchen auf unsere Weise zu helfen“, versprach VLB-Vorsitzender Sauerwein den Studenten. Bezüglich des oft fehlenden prak-

tischen Bezugs zeigten die Studenten aber auch gleich selbst Lösungswege auf, wie man manche Defizite im Studium beheben könnte und richteten damit die Forderung an VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann, dass doch der VLB den ein oder anderen Workshop oder sogar ein Wochenend-Seminar zu Methodik- und Didaktikinhalten anbieten könne. Eine Idee, die sicher aufgreifenswert ist.

Schulpraktika

Der Wunsch vieler Studenten ist es, neben dem offiziellen vorgesehen Schulpraktikum weitere Praktika an den Schulen machen zu können. Ein Wunsch, dem man sich nicht verschließen sollte. Wenn dann allerdings von so manchen Hürden zu hören ist, überhaupt ein solches Praktikum durchführen zu können, dann war zu verstehen, dass die Studenten hier Unterstützung nicht nur vom VLB sondern insbesondere vom Kultusministerium erwarten. MR Tengg stellte dabei klar, dass dieses Problem vor allem für die Studenten der Wirtschaftspädagogik gelte, denn diese seien nicht über die LPO I zu studienbegleitenden Praktika verpflichtet und genießen somit keinen Versicherungsschutz außerhalb ihres vorgeschriebenen Pflichtpraktikums. Um aber dennoch weitere freiwillige Praktika an beruflichen Schulen zu ermöglichen, bot Tengg an, dass man sich jederzeit an ihn wenden könne und er dann dies mit der betreffenden Schule abklären wird.



Die Studenten in der Diskussion mit den Podiumsgästen.

Übergang Studium – Referendariat

Viele der Teilnehmer formulierten, dass sie während des Studiums praktisch keinerlei Information über das sich anschließende Referendariat erhielten. Eigentlich eine nicht vorstellbare Tatsache. Auf der anderen Seite aber auch wieder eine gute Möglichkeit für den VLB, hier sich den Studenten als ein kompetenter Ansprechpartner anzubieten. So sollte es doch möglich sein, über den VLB eine entsprechende Informationsbroschüre oder -veranstaltung anzubieten, was nach Aussage von Thomas Hofmann bereits in Planung sei. So findet am 1. Juli 2003 in Bamberg in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis WiPäd an der Universität Bamberg und dem VLB Kreisverband Bamberg-Forchheim ein Infoabend zum Thema „Seminarschulen“ statt. Als Referenten konnte dafür Dr. Wilfried Franz (Seminarvorstand Nordbayern), Heiko Pohlmann (Seminarvorstand Südbayern) und Horst Zöllner (Seminarlehrer an der BS Bamberg) gewonnen werden.

Einen weiteren Punkt, der den anwesenden Teilnehmern sehr am Herzen liegt, war das Füllen der Lücke zwischen Beendigung Studium und Beginn des Referendariats. Um diese Zeit sinnvoll zu überbrücken, wäre es angebracht, die Absolventen bereits als Hilfslehrer in Schulen einzusetzen. Nach Aussage von Tengg und Sauerwein sei dies bereits möglich. Dazu müsste man sich bei der jeweils zuständigen Bezirksregierung unter Angabe des gewünschten Stundenpensums als verfügbar melden. Dann wird dort alles weitere veranlasst. Dies stieß seitens der Studenten auf sehr

positive Resonanz. Ein weiterer Wunsch der Studenten war eine effizientere Organisation bei der Einplanung ins Referendariat. Ortswünsche sollten dabei noch stärker berücksich-

tigt werden und der jeweilige Einsatzort auf Grund möglicher Umzugsplanungen wesentlich früher bekannt zu geben. Dies sei nach Aussage von Tengg aber nicht möglich. Durch existierende Stellentauschbörsen kann aber diesem Problem entgegen gewirkt werden.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen wurde dann das durchaus auf positive Resonanz gestoßene Studentensymposium 2003 beendet. Nochmals herzlichen Dank an den Verband, an alle Referenten und Teilnehmer, die ein solch produktives Symposium ermöglicht haben.

*Stefan Weinzierl
und Thomas Hofmann*

Bamberger und Nürnberger WiPäds meets Bildungsmesse



Am „Tag der beruflichen Schulen“ nutzten 12 Studenten der Wirtschaftspädagogik aus Nürnberg und Bamberg die Gelegenheit, sich über eines ihrer möglichen zukünftigen Berufsfelder zu informieren. So wurden zum Einen die auf der Messe präsentierten Lehr- und Lernmittel genauer unter die

Lupe genommen, zum Anderen wurde bei Vorträgen auch die studentische Sichtweise bezüglich der Bildungspolitik und künftiger Lehr-Lern-Arrangements in die Diskussion mit eingebracht. Mit einer „typisch bayerischen“ Brotzeit endete der sehr informationsreiche Bildungsmessetag. <

Senioren

Rechtswahrung wegen Versorgungsabsenkung

Mit der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2003 wird die durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 festgelegte stufenweise Absenkung (8 Stufen) des Versorgungsniveaus (von 75 % auf 71,75 %) erstmals wirksam (vgl. auch Schulter: „Auch vermeintlich ausbleibende Abzüge verunsichern“, vlb akzente Nr. 5.2003, S. 36 f.).

Nach Durchführung der acht Stufen lebt der während dieser Zeit ausgesetzte Aufbau der Versorgungsrücklage (durch Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung um je 0,2 % in 7 Stufen wieder auf. Damit ist dann eine Absenkung von insgesamt 6,33 % erreicht. Das Gesetz stieß und stößt bei den Beamtenvertretun-

gen auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken (u. a. wegen der Verletzung des Alimentationsprinzips und des Rechtsstaatsgebotes). Der BRH hat deshalb bereits Individualverfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben; der DBB zieht jetzt mit Musterprozessen durch den Instanzenweg nach.

Für den allerdings nicht unbedingt wahrscheinlichen Fall, dass das Bundesverfassungsgericht BRH und DBB bestätigt, gilt das Urteil nur für die Kolleginnen und Kollegen, für die die Musterprozesse geführt werden.

Betroffen sind

- vorhandene Versorgungsempfänger und Hinterbliebene,
- noch Aktive, die während der nächsten acht Anpassungen von Besoldung und Versorgung in den Ruhestand treten.

Ausgenommen sind diejenigen, die die Mindestversorgung erhalten, da diese nicht gekürzt werden. Für alle

anderen Betroffenen gilt, dass ihre Rechte zu wahren sind. Das geschieht

- bei Pensionisten durch Antrag an die Versorgungsstelle auf ungekürzte Auszahlung der Versorgungsbezüge,
- bei pensionsnahen Aktiven durch Antrag an die Besoldungsstelle auf verfassungsgemäße Versorgung spätestens in dem Jahr, in welchem die nachteiligen Folgen der gesetzlichen Neuregelung eintreten (also wohl noch 2003; aber erst nach Inkrafttreten des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2003/2004. Eine evtl. vorher mit einem Vorläufigkeitsvermerk gewährte Auszahlung der „verminderten“ Bezügeerhöhung ist kein Verwaltungsakt und rechtlich nicht angreifbar.

Für folgende Konstellationen hält die Geschäftsstelle Mustervordrucke abrufbereit:

Cornelsen

Industriekaufleute – neu geordnet.

Industriekaufleute –

die Lehrwerksreihe zur Neuordnung:

- in Lernfelder gegliedert
- an Geschäftsprozessen orientiert
- integriert moderne EDV-Programme
- anwendungsorientiert und praxisnah
- lernerfreundlich und anschaulich



Weitere Informationen zu den neuen Lehrwerken für Industriekaufleute erhalten Sie im Fachkatalog Berufliche Bildung oder im Cornelsen Service Center unter 0180-12 120 20 (zum Ortstarif).

Cornelsen Verlag
14328 Berlin
www.cornelsen.de

- Vorhandene Hinterbliebene,
- vorhandene Hinterbliebene, deren Ehe vor dem 01.01.2002 geschlossen wurde bzw. bei denen ein Ehegatte vor dem 02.01.1962 geboren ist,
- für den Fall, dass der/die verbeamtete Ehegatte/Ehegattin verstorben und bei denen die Ehe nach dem 01.01.2002 geschlossen wurde oder bei der beide Ehegatten nach dem 01.01.1962 geboren sind.

Weitere bei Ablehnung oder Nichtbeachtung des Antrags „eigentlich“ notwendige Schritte

- Lehnt der Dienstherr – was ggf. wahrscheinlich ist – den Antrag auf ungekürzte Versorgung schriftlich durch Bescheid ab,
- so ist vom Antragsteller zur Wahrung seiner Rechte,
- fristgerecht Widerspruch bei der im Bescheid benannten Stelle (Musterwiderspruch bei der Geschäftsstelle) und ggf.
- Klage bei dem im Widerspruch benannten Gericht zu erheben.
- Reagiert der Dienstherr auf den Antrag binnen drei Monaten nicht schriftlich, ist vom Antragsteller ein rechtsmittelfähiger Bescheid zu verlangen.

Einschätzung der „eigentlich“ notwendigen Schritte

- BRH und DBB empfehlen sie.
- Ich persönlich halte sie – vor allem die Klage für den einzelnen – für zu aufwendig – zumal ich auf einen Ausweg hoffe: Es gibt die Möglichkeit, dass „der Staat“ aufgrund einer Mustervereinbarung auf Widerspruch und Klage verzichtet (nicht jedoch auf die Antragstellung). Der BRH und DBB bemühen sich – zunächst mit dem Bundesministerium des Inneren – um eine solche Vereinbarung. Für Niedersachsen gilt bereits eine solche Vereinbarung.

Fazit: Antrag stellen, für weitere Schritte weitere Entwicklung abwarten. VLB-Akzente wird darüber berichten. *Berthold Schulter*

Hinweis: Alle Mustervordrucke können Sie mit frankiertem Rückumschlag bei der Geschäftsstelle anfordern.

dbb beamtenbund und tarifUnion teilen mit:

- Für Versorgungsempfänger bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11, die im Jahr 2000 bereits im Ruhestand waren und die
- aufgrund der vlb-Brief-Aufklärung oder des entsprechenden Artikels in vlb-Akzente Heft 5/2003 S. 37 f zur Rechtswahrung ihres Anspruches auf die Einmalzahlung von 400.00 DM „Antrag auf Gewährung der Einmalzahlung“ gestellt haben teilt der dbb und die tarifUnion mit: Wie nunmehr bekannt wurde, werden diese Anträge von den zuständigen Besoldungsstellen abschlägig beschieden.

Zur Rechtsstandswahrung ist es notwendig, dass der Anspruchsteller gegen den ablehnenden Bescheid binnen eines Monats bei der in der Rechtsmittelbelehrung benannten Stelle Widerspruch einlege. In diesem Widerspruch sollte sich der Widerspruchsführer nur dann mit dem Ruhen des Verfahrens einverstanden erklären, sofern die Behörde auf die Einrede der Verjährung verzichtet. Sollte der Widerspruch zurückgewiesen werden, ist es notwendig, Klage bei dem im Widerspruchsbescheid bezeichneten Gericht einzureichen. Ein Versorgungsempfänger kann nur dann – bei positiver Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – in den Genuss der Nachzahlung kommen, sofern er seine Ansprüche geltend gemacht hat und eventuell ablehnende Bescheide nicht in Rechtskraft erwachsen sind.

Der Entwurf eines „Widerspruchs“ und einer „Empfangsbestätigung“ können in der vlb-Geschäftsstelle, Dachauer Straße 4 80335 München Tel. 089/59 52 70, Fax 089/5 50 44 43, [E-mail: info@vlb-bayern.de](mailto:info@vlb-bayern.de) angefordert werden. *Berthold Schulter*

Gemeinsam reisen

Ein Kreuz, Kreuzfahrten zu organisieren

Urlaub auf dem Schiff wird immer beliebter, weil man sich um fast nichts mehr kümmern muss und das eigene

Bett und vor allem der Kleiderschrank überall dabei sind. Alles wird per Bordpass bezahlt, und was sich da so zusammenlappert, merkt man erst, wenn die Rechnung am vorletzten Abend unter der Kabinentür durchgeschoben wird. Da ist im ersten Schreck dann doch gelegentlich zu hören: „Oh, so viel? Hätte ich gar nicht gedacht!“ – aber man fängt sich rasch. Schließlich war es schön – und man gönnt sich ja sonst nichts.

Diese Art, sorglos zu reisen, hat nur einen Haken: Man muss sich schon Monate im voraus festlegen. Unter solchen Bedingungen Gruppenreisen zu organisieren, ist schwierig. Ich habe dies beim Versuch, den wunderschönen Trip mit der Hurtigrouten in den Norden anzubieten, hautnah erlebt. Man muss, will man die preisgünstigen Reisezeiten nutzen (Ende Mai oder Anfang September, wo wenige Tage vor oder nach der Hochsaison die Passage gleich einen halben Tausender billiger wird) praktisch mindestens ein Jahr im voraus die Option auf eine bestimmte Anzahl von Kabinen festmachen. Das geht natürlich nur, wenn man weiß, wer wahrscheinlich mitfährt. Denn die Rederei fordert Namen als Beleg dafür, dass nicht nur ins Blaue hinein Kabinen geblockt werden.

Ich habe mit Nordentours, der Generalvertretung von Hurtigrouten für Deutschland, vereinbart, dass ich im Juli dieses Jahres für 2004 eine bestimmte Anzahl von Kabinen unter Option nehme, wenn sich eine feste Zahl von Interessenten findet. Und genau das soll dieser Artikel ausloten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie an einer Schiffsreise ans Nordkap interessiert sind: Ich weiß, dass es eine Zumutung ist, Bereitschaft zu signalisieren für ein Vorhaben, von dem nur bekannt ist, dass es als „schönste Seereise der Welt“ mit hochmodernen, sicheren Linienschiffen von Bergen aus entlang der zerklüfteten norwegischen Küste weit über den Polarkreis hinaus ans Nordkap und bis vor die russische Grenze bei Kirkenes führen wird und auf gleichem Wege wieder zurück, bei dem aber weder Preis noch Termin exakt feststehen.

Und doch geht es kaum anders. Deshalb ernsthaft: Wenn 20 oder

mehr bis Mitte Juli d. J. mit fester Absicht erklären, Ende Mai oder Anfang Sept. 2004 zum Preis von ca. 3200 Euro dabei zu sein (beinhaltet Bahnfahrt ab Heimatort nach Kiel, Passage in Zweierkabine nach Oslo, Fahrt mit Bergenbahn nach Bergen, von dort 11tägige Schifffspassage mit Vollpension bis Kirkenes und zurück incl. Lofoten und Heimreise auf gleichem Wege), dann bin ich bereit, die abenteuerliche Organisation zu versuchen. Deshalb hier mein Aufruf an alle ernsthaft Interessierten: Bitte melden Sie sich bei mir, damit ich unter den genannten Bedingungen starten kann. Über Details zu reden bleibt dann noch immer Zeit genug. Wichtig ist, dass die Kabinen gesichert werden.

Dazu hier nochmals die Anschrift: Lothar Fischer, Zum Burgstall 13, 92637 Weiden, Tel. 0961-46388; E-Mail: fischer-weiden@t-online.de

Wir gratulieren im Juli

... zum 90. Geburtstag

Wiedemann, Karl, 30.07.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südwest

... zum 85. Geburtstag

Roth, Albert, 11.07.
89415 Lauingen, KV Nordschwaben

... zum 75. Geburtstag

Döllfelder, Annemarie, 16.07.
95444 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Dr. Krapp, Alfons, 30.07.
90419 Nürnberg, KV Nürnberg
Rösel, Wolf-Heinz, 14.07.
84036 Landshut, KV Landshut
Stöhr, Werner, 28.07.
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg

... zum 70. Geburtstag

Abletshauser, Friedrich, 02.07.
80687 München, BV München

Finger, Harald, 19.07.
93309 Kelheim, KV Landshut
Gröber, Gertrude, 05.07.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Maucher, Friederike, 03.07.
80995 München, BV München
Rudolf, Adolf, 09.07.
63773 Goldbach, KV Untermain
Schneider, Anni, 14.07.
97074 Würzburg, KV Würzburg
Sewald, Anton, 06.07.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Staiger, Walter, 05.07.
85540 Haar, BV München
Wichmann, Helga, 22.07.
87724 Ottobeuren, KV Allgäu

... zum 65. Geburtstag

Auerbach, Heinrich, 10.07.
83395 Freilassing, KV Traunstein-BGL
Braun, Siegwart, 03.07.
86163 Augsburg, KV Augsburg

Bestimmen Sie Ihre Pension oder Rente selbst!

Wie viel Pension oder Rente Sie später bekommen, hängt von Ihnen ab. Damit Sie ausreichend vorsorgen können, sollten Sie wissen, wie hoch Ihre Ansprüche sein werden.

Sie wollen es genau wissen?

Wir berechnen Ihre Pensions- oder gesetzlichen Rentenansprüche und zeigen Ihnen, wie Sie Ihre Versorgungslücke mit einer Debeka-Privatrente sinnvoll schließen können.

Debeka
Lebensversicherungsverein a. G.
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.



STIFTUNG
WARENTEST

SEHR GUT

Vergleich von 126 kapitalbildenden
Lebensversicherungen in
FINANZtest, Ausgabe 4/2002.
Beste Bewertung: Debeka Platz 1.

Hauptverwaltung: Ferd.-Sauerbruch-Str. 18, 56058 Koblenz, Telefon (02 61) 4 98 - 13 99, Fax (02 61) 4 14 02, Internet www.debeka.de
Landesgeschäftsstellen in Bayern: München, Damenstiftstr. 9, 80308 München, Telefon (0 89) 23 50 10; Nürnberg, Marienstraße 27, 90402 Nürnberg, Telefon (09 11) 23 20 40

Graf, Helmut, 11.07.

91315 Höchststadt, KV Mfr.-Nord

Haban, Hubert, 18.07.

87700 Memmingen, KV Allgäu

Junge, Dieter, 12.07.

90562 Heroldsberg, KV Nürnberg

Leischner, Dietmar, 05.07.

85521 Ottobrunn, BV München

... zum 60. Geburtstag

Dürr, Klaus, 04.07.

96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest

Ellersdorfer, Gernot, 22.07.

90449 Nürnberg, KV Mfr.-Nord

Fischbach, Renate, 01.07.

91550 Dinkelsbühl, KV Mfr.-Süd

Hausdorf, Gert, 11.07.

84524 Neuötting, KV Altötting

Kögl, Franz Josef, 03.07.

86660 Tapfheim, KV Nordschwaben

Ott, Ludwig, 09.07.

85356 Freising, KV Obb.-Nordwest

Preiß-Wichmann, Hedwig, 06.07.

80993 München, BV München

Rohleder, Dieter, 07.07.

97262 Hausen/Sulzwiesen, KV Würzburg

Berichtigung:

Leider ist uns bei der Geburtstagsgratulation in der Maiausgabe ein Fehler unterlaufen. Alle 60-jährigen wurden unter die Rubrik der 65-jährigen aufgeführt. Wir bitten um Entschuldigung. Hier die Berichtigung:

... zum 60. Geburtstag im Juni gratulieren wir

Bühler, Rudolf, 22.06.

91189 Rohr, KV Nürnberg

Gloßner, Dieter, 30.06.

91790 Nennslingen, KV Mfr.-Süd

Herdle, Ernst, 8.06.

86381 Krumbach-Billenhaus,

KV Nordschwaben

Klauser, Paul, 23.06.

89407 Dillingen, KV Nordschwaben

Lerch, Bernd, 17.06.

86609 Donauwörth, KV Nordschwaben

Münchmeier, Max, 07.06.

92648 Vohenstrauß, KV Opf.-Nord

Pietsch, Dietmar, 16.06.

82549 Königsdorf, KV Obb.-Südwest

Röhlmann, Heinrich, 08.06.

95445 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz

Sixt, Klaus, 01.06.

83677 Reichersbeuern, KV Obb.-Südwest

Weidinger, Dorothea, 07.06.

81927 München, KV Donau-Wald

Winter, Heimtraud, 20.06.

97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön

In den Ruhestand sind gegangen ...

Köck, Manfred, BV München

Weiß, Robert, KV Bamberg-Forchheim

Wir trauern um ...

Grimminger, Eleonore,

BV München (90)

Koch, Günter, KV Mfr.-Süd (68)

Kommunale Schulen

Zur Lage der beruflichen Schulen:

Würzburger Oberbürgermeisterin Pia Beckmann spricht Klartext

In überraschender Offenheit verlief das Gespräch, zu dem die Oberbürgermeisterin Mitglieder des Kreis- und Bezirksverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen Bayerns (VLB) ins Rathaus eingeladen hatte. Trotz des thematisch heißen Eisens „Welche Zukunft haben Würzburgs berufliche Schulen, insbesondere die Berufsfachschulen?“ hielt sich Pia Beckmann nicht zurück, ihre Vorstellungen über die seit geraumer Zeit verfahrenere Situation der Würzburger Schullandschaft darzulegen. Um für die Nachfolgenerationen kommunal- und bildungspolitische Gestaltungsspielräume zu erhalten bzw. zurückzugewinnen, müsse jede noch so kleine Gelegenheit auch auf unkonventionelle Art genutzt werden, die finanzielle Belastung der Stadt zu verringern. Dass dazu die Kooperation der übrigen - derzeit v. a. von Würzburgs schulischem Engagement profitierenden - Parteien, Staat und Landkreise, unumgänglich ist, sei allen bekannt.

Dennoch seien diese nicht einfach freiwillig für eine stärkere finanzielle Beteiligung oder gar zur Mitübernahme einer Schulträgerschaft zu gewinnen, da derzeit z. B. das oberste Gebot für das Land Bayern lautet, wegen eigener Finanznöte keine Präzedenzfälle für andere Kommunen zu schaffen. Nachdem eine Popularklage zum Thema kostendeckende Gastschulbeiträge abgeschmettert wurde, schilderte das Stadtoberhaupt ungeschönt die Bedingungen, die derzeit von den umliegenden Gebietskörperschaften für die Bildung von Zweckverbänden vorgebracht werden. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Übernahme der Personalkosten durch den Staat, bzw. in einem Zwischenschritt die zeitweise Abordnung staatlicher Lehrkräfte an die Stadt als Folge des Einstellungsstopps. Die entsprechenden Anträge lägen schon seit Anfang März beim Kultusministerium. Nach Pia Beckmanns Einschätzung kommt der Freistaat dennoch auf Dauer nicht um die kommunalen Forderungen herum.

Auch die kurz zuvor in der Würzburger Presse veröffentlichte Option einer Übernahme der Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Sozial-

Am runden Tisch von links nach rechts: Oberbürgermeisterin Pia Beckmann verdeckt Stadtschulrat Hartenstein, Karl-Heinz Dotzler und Gereon Remppe, die beiden Stellvertreter des VLB-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Lamb (rechts außen).



wesen durch einen renommierten privaten Bildungsträger wurde – sogar unter Berücksichtigung unterstützender Maßnahmen durch die Stadt – als kostengünstigere Variante gegenüber dem Status Quo angesehen. Bei der Bildung von Kompetenzzentren äußerte sie in Übereinstimmung mit den VLB-Vertretern Skepsis gegenüber der ursprünglich angestrebten Absolutlösung, denn dort sei Einsparpotential vorhanden. Es müsse möglich gemacht werden, dass auch mehrere neben einander existieren können, „wenn dies rationell ist und Millioneninvestitionen verhindern hilft“. Da angesichts der prekären städtischen Finanzlage auch in Zukunft weitere Veränderungen notwendig seien, plädierte die Oberbürgermeisterin für die Fortführung von gemeinsamen Aktionen, die helfen, den Schulstandort Würzburg trotz aller Schwierigkeiten intakt und attraktiv zu erhalten.

Herbert Geiger

Europatag der beruflichen Schulen Münchens:

„Osterweiterung – für eine Zukunft in Freiheit, Frieden und Sicherheit“

Zur Erinnerung an den Zusammenschluss europäischer Staaten zum „Europarat“ ist der 5. Mai zum Europatag erklärt worden.

10 Staaten unterzeichneten am 5. Mai 1949 den Gründungsvertrag. Die Staaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden hatten sich zur Aufgabe gemacht, eine engere Verbindung zwischen den Mitgliedsstaaten zum Schutze und zur Förderung der Ideale und Grundsätze herzustellen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern. Seit 25. Oktober 1955 hat der Europarat die blaue Flagge mit gelben Sternen. Bis 1965 sind weitere acht Staaten dem Europarat beigetreten (Griechenland, Island, Türkei, Deutschland, Österreich, Zypern, Schweiz und Malta).

Von der Europa-Union München

wird jährlich der Europatag organisiert; die diesjährige Europakundgebung „Europatag 2003“ auf dem Marienplatz in München hatte als Thema „Osterweiterung – für eine Zukunft in Freiheit, Frieden, Sicherheit“. Besonders die junge Generation wurde angesprochen; und alle Altersgruppen beteiligten sich am Programm: musikalische Darbietungen, Volkstänze aus osteuropäischen Beitrittsländern, Diskussionsintervalle „Bürger fragen – Politiker und Experten antworten“ und Informationsstände vermittelten einen vielfältigen Einblick in Zielsetzung und Aufgaben der Europäischen Union (EU).

Parallel zur öffentlichen Veranstaltung hatten die Beruflichen Schulen der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Schul- und Kultusreferat, Fachabteilung F1 – Berufliches Schulwesen Europabüro zum „Europatag des Beruflichen Schulwesens“ in den Alten Rathausaal eingeladen.

Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert eröffnete die Veranstaltung und begrüßte unter zahlreichen Gästen die Vertreter der Konsulate, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, der Regierung Oberbayern, der Behörden, der Handwerks- und Industriebetriebe, des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen, der Münchener Beruflichen Schulen sowie Schülerinnen und Schüler. Bürgermeisterin Burkert unterstrich die Bedeutung der Mitgestaltung der europäischen Zusammenarbeit sowie die Nutzung und konkrete Umsetzung der verschiedenen Projekte im Rahmen der Europäischen Bildungsprogramme Leonardo da Vinci II und Sokrates II, 21 Berufliche Schulen stellten ihre Mobilitätsprojekte vor.

Jochen Kubosch, Leiter der Vertretung der europäischen Kommission in München, stellte die historische Entwicklung der europäischen Institutionen dar und wies in seinem Grußwort auf die Bildungsprogramme hin, die die Basis für einen „europaweiten Dialog über die künftige Ausrichtung der Bildungssysteme für ein innovati-

ons- und wissenschafts-gestütztes Europa“ seien.

Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner und Ministerialrat Ingo Hermanns, Leiter des Deutsch-Französischen Sekretariats für den Austausch in der beruflichen Bildung, erinnerten in einem kurzen Dialog an die ersten Projekte im Rahmen der deutsch-französischen Austauschprogramme in den Jahren 1991 und 1992 der Städt. Berufsschule für das Hotel-, Gastronomie- und Braugewerbe.

Von Lehrkräften und Schüler/innen wurden weitere Projekte präsentiert und entsprechende Auslandsfahrten dargestellt.

Am Ende der Veranstaltung wurde an zahlreiche Projektteilnehmer/innen (Schüler/innen und Lehrkräfte) der „Europapass-Berufsbildung“ verliehen. Für die Organisation und den reibungslosen Ablauf der Europa-Veranstaltung sorgte Elisabeth Manneck-Reichelt, Europabüro der LH München.

Die vom Deutsch-Französischen Sekretariat geförderten Projekte im Rahmen der Austauschprogramme Leonardo da Vinci und Sokrates sind in einer Broschüre „Europatag 2003“ veröffentlicht. Erhältlich ist die Broschüre bei Elisabeth Manneck-Reichelt, Europabüro der LH München. E-Mail: Elisabeth@munichlearning.com

Dietmar Leischner

Information, Beratung und Antragstellung zu Sokrates/Comenius in Bayern: Interessierte Schulen wenden sich an Dieter Huber, Abteilung Bildungsforschung und Schulentwicklung, EU-Förderung, Rosenkavalierplatz 2, 81925 München, Telefon: (089) 92 14-34 79 oder Fax: (089) 92 14-35 72.

Termine

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – Sparbüchse der Politik?

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Termin: 04. Juli 2003, 16.30 Uhr

Ort: Würzburg, Franz-Oberthür-Schule.

Diskussionspartner: Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayer. Beamtenbundes; Prof. Dr. Walter Eykman, MdL, Vorsitzender des Ausschusses öffentlicher Dienstag; Manfred Ach, MdL, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses. Moderation: Wolfgang Lambl, BV-Vorsitzender Unterfranken.

Zum Thema „Giftliste“ gibt es die Möglichkeit zum Meinungsaustausch.

Fachtagung Elektrotechnik

Neuordnung der Elektroberufe – Was haben die Berufsschulen zu erwarten?

Zeit: Samstag, 28. Juni 2003

Ort: Staatl. Berufsschule III, Ottostr. 22, 90762 Fürth

Programm:

10.00 Uhr Begrüßung
10.15 Uhr Beweggründe und Intentionen für eine Neuordnung aus der Sicht des Handwerkes, Hans Auracher, Landesinnungsverband d. bay. Elektrohandwerks
13:00 Uhr Auswirkungen der Neuordnung auf die Berufsschulen, Christian Streibl, KM / Robert Resch, ISB

Der VLB und die Fachgruppe Elektrotechnik freuen sich auf Ihren Besuch

Für Sie persönlich

Nachfolgend die Beantwortung häufig gestellter Fragen:

Riesterrentenangebot des Deutschen Beamtenbundes.

Warum erscheinen (sind) die Verwaltungskosten im dbb vw höher als im Normaltarif und höher als bei anderen Versicherern?

Diese Aussage gilt nur auf den ersten Blick. Es sind alle Kostenkomponenten zu beachten. Am besten rechnet man einmal durch, was ein Kunde im ersten Jahr bei einer Besoldung/Vergütung von 20.000 Euro, also als Lediger bei 38 Euro Zulage und 162 Euro Eigenbeitrag pro Jahr an Kosten zu tragen hat. Dann erkennt man: dbb vw ist auch das angezeigte Bestangebot unter Kostengesichtspunkten (Kosten pro

Einladung zur Material- und Ideenbörse – von der Praxis für die Praxis Schüleraktiver Unterricht an beruflichen Schulen (vom KM als Fortbildung genehmigt!)

am Freitag
04. Juli 2003
10.00 bis 15.30 Uhr
in München

Keine Anmeldung erforderlich

am
Lehrstuhl für Pädagogik
TU München, Lothstraße 17
<http://www.paed.ws.tum.de>

Kontakt:
Dr. Alfred Riedl
Lehrstuhl für Pädagogik
TU München

Hans Haider
Private BS St. Erhard Deggendorf

Alexia Lauer
Stadt Nürnberg, B 7
Fachakademie für Hauswirtschaft

Programm

10.00 Uhr Eröffnung
Prof. Andreas Schelten, Lehrstuhl für Pädagogik, TU München
10.30 Uhr „offene“ Materialbörse
bis 15.30 Uhr Lehrer aus dem gewerblich-technischen und dem kaufmännischen Bereich stellen aus: Lernzirkel Lernspiele, selbsterstelltes Unterrichtsmaterial

Weitere Veranstaltungen in Form von unterschiedlichen Vorträgen, Workshops, z. B.

11.00 Uhr bis 15.30 Uhr Lernzirkelarbeit – Planspiel – Leittextmethode – Lehrer-Schülerrolle – Ideen für kreativen, ganzheitlichen Unterricht – Lernfelder im Unterricht – Schüleraktive Unterrichtsmethoden – Einführung in Erlebnispädagogik – Lernspiel im Unterricht – Schüleraktivität im DV-Unterricht

abends: Back to the Roots
(Fachschaft LB)

Veranstalter: Reformpädagogisches Forum. <http://www.Berufsschulen.de/hm/reformer>

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung
**Versicherungs
Kontor**

Inh.: **Elke Wiedmann**

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931/923533 Mob: 0172/6612918 FAX: 0931/960419

z.B. errechnen wir Ihre Riester-Rente

Kooperationen u.a. mit

- **DBV-Winterthur** (Partner des VLB)
- **dbb Vorsorgewerk**
(für die Mitglieder des dbb und Ihren Angehörigen)
- **BSA Versorgungswerk**
(Berufs- u. Sozialwerk für Angehörige des öffentlichen Dienstes)

Beitrag 2003 : 200 Euro	dbb vw	DBV-Win	andere Versicherer
AP – Kosten	3 % = 6 Euro	5 % = 10 Euro	2 % = 4 Euro
Verwaltungskosten	5 % = 10 Euro	1 % = 2 Euro	1,5 % = 3 Euro
Verw.Stückkosten	0	18 Euro	9 Euro
Lfd. Gebühren vom wachsenden			
Gesamtguthaben	0	0,60 %	0,06 %

Jahr) :

Warum wurden Beamte, Richter und Soldaten in die zusätzliche Altersvorsorge einbezogen?

Mit dem „Versorgungsänderungsgesetz“, das am 1. Januar 2002 in Kraft trat, wurde die Rentenreform 2001 „wirkungsgleich“ auf die Beamtenversorgung übertragen. Beamte sind von Kürzungen bei ihrer Versorgung betroffen. Deshalb wurden sie auch in die staatliche Förderung der freiwilligen zusätzlichen Altersvorsorge einbezogen. Richter, Soldaten, Bezieher von Amtsbezügen (z.B. Minister und Staatssekretäre) und versicherungsfreie Angestellte, denen eine Beamtenversorgung zugesagt wurde (z.B. DO-Angestellte, Lehrer an kirchlichen Schulen, Ordensleute) sind auch hier Beamten gleichgestellt.

Was passiert mit meinem Vertrag/Leistungen, wenn ich in einem der nächsten Jahre weniger oder nichts bezahlen kann oder will? Was passiert, wenn ich meinen Mindesteigenbeitrag nicht oder nur teilweise leiste?

In diesem Fall wird die Zulage nach dem Verhältnis der Altersvorsorgebeiträge zum Mindesteigenbeitrag gekürzt. Das bedeutet, dass der Anspruchsberechtigte, der nur 60 % des Mindesteigenbeitrages geleistet hat, auch nur 60 % der ihm zuste-

henden Zulagen erhält.

Wo und bis wann muss ich die Förderung beantragen?

Zu Beginn jeden Jahres übersenden die Anbieter der Altersvorsorgeverträge ihren Kunden einen Antrag auf Zulage. Diese Anträge müssen vom Kunden um die Angaben

- Rentenversicherungspflichtiges Einkommen des Vorjahres und
- Anzahl der Kinder, für die im Vorjahr Kindergeld bezogen wurde ergänzt und bis spätestens Ende des Folgejahres an den Anbieter zurück geschickt werden.

Wer muss eine „Zulagennummer“ beantragen?

Jeder Beamte, Richter und Soldat, der Altersvorsorgezulagen beantragen will, muss gegenüber seiner Personalstelle eine Einverständniserklärung abgeben, dass die Zentrale Stelle für Altersvorsorge –ZfA die für die Berechnung des Zulagenanspruchs notwendigen Informationen einholen und verarbeiten darf. Die Erklärung gilt bis auf Widerruf. Die Zulagennummer wird von der ZfA vergeben und über den Dienstherrn dem Antragsteller mitgeteilt. Die Zulagennummer ist im Zulagenantrag einzutragen.

Quelle: DBV

Autorenverzeichnis:

**Barmetler, Thomas/
Wiedemann, Engelbert**
VLB-Referendarsprecher
Röschstr. 9, 86470 Thannhausen,
Tel.: (01 71) 4 83 46 38

Hofgärtner, Margit
computer-easy
80336 München,
Tel.: (0 89) 7 46 42-3 43

Hofmann, Thomas/Weinzierl, Stefan
VLB-Studentensprecher
Josef-Kindshoven-Str. 5,
96052 Bamberg,
Tel.: (01 72) 8 18 74 38

Münch, Johannes
VLB-Webmaster
Rotspitzweg 16,
86931 Stadbergen-Deuringen,
Tel.: (08 21) 24 30 23

Schulter, Berthold
VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: (0 89) 38 58 40 84

Uebler, Hans
BBZ
Zwerchgraben 3, 97074 Würzburg,
Tel.: (09 31) 79 53-0

Ulbrich, Armin
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Albrecht-Achilles-Str. 13,
90455 Nürnberg,
Tel.: (09 11) 88 26 86

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

English for technical schools



Engineering Report
Fachzeitschrift für
Technisches Englisch.
Wertvolle Originalartikel
mit Erläuterungen in
deutscher Sprache und
phonetischer Schrift IPA.
Eine geeignete Ergänzung
für den Unterricht an
Technik-Schulen und zur
Orientierung über
Neuheiten.

Sehr geehrte Leserin - Sehr geehrter Leser

Aus Erfahrung wissen wir, dass es nicht einfach ist, anspruchsvolle Texte als Ergänzung des Englisch-Unterrichts zu finden. So behilft man sich oft mit dem Ausschnitt aus einem englischsprachigen Journal oder aus einer Zeitung.

An dieser Stelle schliessen wir mit unserer zweimonatlichen Zeitschrift eine Lücke. Hier finden Sie Artikel von Niveau, die instruktiv und unterhaltsam sind.

Es überwiegen Themen aus der Technik über Neuheiten und Neuigkeiten; doch auch über Allgemeines aus dem Berufsleben wird berichtet.

Das Jahresabonnement (6 Ausgaben) kostet **Euro 30.-** (nur für Schulen), sonst Euro 39.-.

Bestellung einfach per **Fax 0041.56.282 23 82**
Sie könnten gern ein Probeexemplar anfordern.

Wir wünschen, dass auch Ihnen Engineering Report beim Englisch-Unterricht von Nutzen sein wird.

Mit freundlichem Gruss
Engineering Report

Georg Möllerke
Rebbergstrasse 2B
CH-5416 Kirchdorf
www.moellerke.ch